

Bezugspreis:

Bestelljahr 30.—Mk., monatl. 10.—Mk. ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilgröße ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 24. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Neuwahlen im Frühjahr?

Vor den Parteiführern der preussischen Regierungsparteien führte Minister des Innern Severing am Donnerstag aus, daß das Wahlgesetz sofort verabschiedet werden müßte, wenn die Neuwahlen in Preußen bereits am 12. Dezember stattfinden sollten.

Zu dem Kampf um die Neuwahlen in Preußen wird uns noch geschrieben: Hinter den Kulissen wird erbittert weitergekämpft, ehe in der nächsten Woche die endgültige Entscheidung fällt.

Aber schon bei dieser grundlegenden Frage ist auf Zentrum und Demokraten kein Verlaß, sie würden sich beide damit abfinden, daß man die Verwaltungsorgane dem neuen Landtag überließ.

Ebenso ist es mit dem Etat. Man sollte die Verabschiedung des Etats vor den Neuwahlen für selbstverständlich halten.

Die Besoldungsreform belastet Preußen in ihrer vorläufigen Gestalt vom Mai 1920 mit mehreren Milliarden, für die keine Deckung vorhanden ist.

Aber auch hier besteht beim Zentrum und bei den Demokraten wenig Neigung, für die Deckung im jetzigen Landtag zu sorgen.

Singu kommt, daß das Landessteuergesetz die Länder verpflichtet, nach seinen Vorschriften ein Ausführungsgesetz zu erlassen, das die Verteilung des Anteils an der Reichseinkommensteuer auf die Gemeinden und Gemeindeverbände regelt.

Andere Gesetze harren ebenfalls der Erledigung. Aber wenn man auch nur die zuerst erwähnten Materien erledigen will, kann die Wahl nicht mehr in diesem Jahre stattfinden.

Sozialisierung des Bergbaus.

Von G. Werner, Mitglied der Sozialisierungskommission.

Am den Auseinandersetzungen über die kommende Sozialisierung des Kohlenbergbaus eine bestimmte Richtung zu geben, ist es notwendig, den im Bergbau Tätigen sowie allen den Volksgenossen, die seit Jahren die Sozialisierung verlangen, zu zeigen, in welcher Weise sich die praktische Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus erreichen läßt.

Dem sozialisierten Bergbau ist die Erfüllung folgender Wünsche zu verlangen: Zunächst vom Standpunkt der Volksgemeinschaft:

- 1. Die Förderung genügender Mengen Kohlen zu Preisen, daß bei genügender Bedarfsdeckung in allen europäischen Staaten die Konkurrenz mit diesen möglich ist.

Dann vom Standpunkt der Arbeitnehmer des Bergbaus: 1. Geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, 2. Vermeidung von Ungerechtigkeiten im Betriebe, 3. Mitbestimmung bei Einstellungen und Entlassungen, 4. die Möglichkeit, den Willen der Belegschaft an maßgebenden Stellen jederzeit zur Kenntnis zu bringen, wobei verhandelt werden muß und für eine gerechte Erledigung dieser Dinge gesorgt ist.

Die Wünsche beider Seiten kann man dahin zusammenfassen: Die Arbeitnehmer wollen freie Menschen in dem von ihnen gewählten Bergmannsberufe sein, sie wollen die Möglichkeit besitzen, ihre Rechte zu wahren; sie werden dafür aber ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun müssen, um die Wünsche der Allgemeinheit zu erfüllen.

Grundsätzlich sind die im Bergbau Tätigen, vom jugendlichen Arbeiter bis zum Generaldirektor, die von der Allgemeinheit eingesetzten Verwalter des Bergwerkseigentums, das sie im Interesse der Allgemeinheit verwalten müssen. Die verschiedenen Funktionen, die von den verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenklassen ausgeübt werden, sind auf Grund der Betriebserfordernisse den Einzelberufen von den von der Allgemeinheit bestimmten Stellen übertragen worden.

Aus schwerwiegenden Gründen habe ich, der ich anfänglich als Betriebsbeamter einer sofortigen Vollsozialisierung instinktiv etwas ablehnend gegenüberstand, mich nicht auf den Boden des Vorschlages Rathenau gestellt, sondern diesem nur als Eventualantrag zugestimmt.

Dagegen bin ich der festen Überzeugung, am Führungsmangel scheitert die Sozialisierung nicht. Sie kann aber zum Unglück werden, wenn jene Kräfte die Oberhand bekommen, die bei den wilden Sozialisierungen nach der Revolution im Bergbau ihre Hand im Spiele hatten.

*) Der Weg zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Vorschläge und Gedanken, wie die Sozialisierung in die Praxis überführt werden muß, von Siegfried Wortz Werner, Geschäftsführer des VVB, Mitglied der Sozialisierungskommission. Preis 3 Mk., Industriebeamtenverlag G. m. b. H., Berlin NW. 22.

Präsident Millerand.

Paris, 23. Sept. (Havas.) Millerand wurde mit 695 von 892 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt, auf den Sozialisten Delors entfielen 69 Stimmen, die übrigen Stimmen waren zerplittert.

Paris, 23. Sept. (Holländisch Neuwidbureau.) Als künftiger Ministerpräsident wird Briand genannt.

„Journal“ meldet, daß Deschanel bei der Abfahrt abgemagert und sehr schwach aussah, und nur gestützt mit der größten Schwierigkeit sich fortbewegen konnte.

Die „Humanité“ schreibt zur Wahl Millerands: Wir treten in ein Zeitalter der persönlichen Gewalt ein. Wenn Millerand unter den Bedingungen, die er wünscht, gewählt wird, so wird er sich nicht darauf beschränken, zu herrschen, wie es niemals ein Präsident der dritten Republik getan hat.

Entente gegen Abwicklungsstellen.

Die Interalliierte Kontrollkommission hat an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, für die sofortige Auflösung der noch vorhandenen Abwicklungsstellen bis zum 30. September Sorge zu tragen.

Belgischer Anfang.

Den Drähtler Klättern zufolge hat der hohe Kommissar für Eupen und Walmedy Baron Valtia die Einwohner aufgefordert, innerhalb 14 Tagen ihren Bürgermeistern die Gegenstände abzugeben, die aus Belgien oder aus dem früheren besetzten französischen Gebiet stammen und während des Krieges in ihren Besitz übergegangen sind.

Belgisch-deutsches Schiedsgericht.

Das Schiedsgericht für die im Friedensvertrag angeführten Streitfragen zwischen Belgien und Deutschland hält gegenwärtig in Genf seine erste Sitzung ab, um das Verfahren festzustellen.

Besetzt aus drei Schiedsrichtern, dem Delater Albert Rollin, früherem Vorsteher der Advokatenkammer und Professor an der Universität Gent, dem Deutschen Richard Goene, Oberlandesgerichtsrat und Geheimrat Justizrat in Frankfurt a. M., und Paul Moriaud, Dozent der Juristischen Fakultät der Universität Genf, als neutralen Präsidenten des Schiedsgerichts.

Kein Schiedsgericht!

London, 23. September. (Reuters.) Die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten hat den Vorschlag Smillies, zum zweiten Male abzustimmen, ob die geforderte Lohnerhöhung um 2 Schilling einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll, abgelehnt.

Streikschluß in Italien.

Napoli, 23. September. (Stefani.) Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat mit 118 gegen 18 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, welche die Vereinbarungen aufhebt und dem Ausschluß erneutes Vertrauen ausspricht.

Beschwerde der Draußensteher.

In einem Protest der U. S. P. D. Oberschlesiens gegen die Zusammenlegung des paritätischen Beirats wird von zureichender Seite mitgeteilt:

Der paritätische Beirat bei der Interalliierten Kommission in Oppeln ist eine Forderung, die am 28. August sowohl von deutscher wie von polnischer Seite aufgestellt wurde. Es ist daher selbstverständlich, daß die sechs deutschen Mitglieder von den Parteien gestellt werden, die den Antrag unterschrieben haben.

Es ist unabhängig! Erst lehnt man entrüstet das Hineingehen ab, dann beschwert man sich über das Draußenbleiben. Nach einer Meldung aus Oppeln wurde dort Donnerstagabend auf der Rosenbergrstraße der Eisenbahnwerkstättenleiter Franzel von einem französischen Offizier erschossen.

Polenbureau ausgehoben.

Breslau, 23. September. (WZ.) Der Kriminalpolizei ist es laut „Volksrecht“ gelungen, ein polnisches Bureau in der Ober-Vorstadt auszuheben. Wichtige Dokumente und Listen wurden gefunden.

Erste Folge der Parteispaltung. Bei den Wahlen der Prager Handelsgehilfenvereine, die 20 Jahre lang in sozialdemokratischem Besitz war, sigen zum erstenmal die „Nationalsozialisten“, eine Kleinbürgerlich-kleinrentistische Partei.

fürer im Bergbau waren die Kämpfer für den Syndikatsgedanken. Die heutigen Wirtschaftsführer sind Führer, die mit der gleichen Energie und Klugheit die Zusammenfassung anderer Industrien mit dem Bergbau verfolgen und hierbei Erfolge erzielen, die außerordentlich groß sind, die aber dem Leistungseffekt auf den fusionierten Werken des Bergbaues im Durchschnitt weder genügt noch geschadet haben. Die Führer, die der Bergbau jetzt verlangt, sind vor Renaturgaben gestellt, über die keine Erfahrungen vorliegen, weshalb auch keiner der bisherigen Führer über solche Erfahrungen verfügt. Denn der Gedanke, die gesamte Arbeitnehmerschaft am Bergbau zu interessieren und für eine Erfolgswirtschaft zu gewinnen, ist doch das vollkommen Neue. Da aber diese Erfolgswirtschaft vor allem auf technische im Gebiete Erfolge erzielen muß, so müssen wir technische erste Kräfte haben, die auf dem Boden der neuen Ziele stehen. Tüchtige Fachleute mit dem ernststen Willen, allen Vorschlägen der in ihrem Bereich Tätigen auf Verbesserungen im Betriebe prüfende Aufmerksamkeit zu schenken und gerecht zu sein, sind es, die wir hauptsächlich haben müssen, und solche Leute sind in genügender Zahl zu finden.

In der Zukunft werden Generaldirektoren und Direktoren nicht mehr wie früher mit der Existenz ihrer Untergebenen Rangball spielen können, ohne beabsichtigen zu müssen, ihre Stellung zu gefährden; aber in betrieblicher Hinsicht werden sie die weitgehendste Freiheit erhalten und alle Neuerungen und Verbesserungen einführen können, wenn sie es verstehen, ihre Betriebsführer und Betriebsausschüsse für ihre Pläne zu gewinnen. Allgemein kann gesagt werden, wer im sozialisierten Bergbau ein tüchtiger Betriebsleiter ist, wird mehr und berechtigter als früher als Fachmann anerkannt werden, denn bisher war die Höhe der Dividende der Maßstab für die Tüchtigkeit, ohne daß die betrieblichen Verhältnisse berücksichtigt wurden. Schon bisher ist vor allem im Ruhrgebiet die Auswahl der Tüchtigen systematisch geübt worden, soweit nicht der Stand der Akademiker in Betracht kam.

Die Akademiker der Staatskarriere waren bei der Bekämpfung der leitenden Stellen ohne Konkurrenz. Sie bildeten einen in sich geschlossenen Kreis, in dem jeder auch ohne besondere geistige Fähigkeiten berechtigt war, zu den leitenden Stellen zu gelangen. Anders stand es um den Stand der technischen Betriebsbeamten, die fast ohne Ausnahme nicht aus Akademikerkreisen hervorgegangen sind. Wer die Steigerklasse mit dem Zeugnis „gut“ verließ, erhielt hierdurch die Berechtigung zum Besuch der Betriebsführerklassen. Voraussetzung war jedoch, daß er auch in der Praxis die Befähigung bewies, im technischen Betrieb Vorgesetztenfunktionen zu betätigen. Wer die Betriebsführerklassen mit einem guten Zeugnis verließ, besaß wirklich die Eignung, eine erstklassige Kraft zu werden. Die Zahl der Versager unter Besuchern der Oberklasse zu Bochum ist außerordentlich gering. Dagegen ist die Zahl von Schülern, die es trotz des Widerstandes der Bergakademiker, Leute aus den unteren Klassen in ihre Reihen gelangen zu lassen, bis zum Direktor größter Werke gebracht haben, zwar nicht groß, aber es ist doch immerhin eine ganze Anzahl.

Findet in Zukunft eine systematische Unterrichtung des gesamten Nachwuchses der Bergarbeiterschaft nach einheitlichen Grundsätzen statt, führt dieses sicher zu einer Erhebung der gesamten geistigen Höhe der Bergleute, zu einer Auswahl der Tüchtigen und wird sie befähigen, den sozialistischen Geist sinngemäß zu betätigen. Alle die heute tätigen, aus dem Arbeiterstand stammenden Betriebsleiter haben bisher widerspruchlos alle Anordnungen der Unternehmer befolgt; sie waren es, auf die sich die Macht der Unternehmer gestützt hat. Diese Leute werden auch im sozialisierten Bergbau mitmachen und genau so gehorchen die ihnen gegebenen Anordnungen befolgen. Technisch stehen sie auf der Höhe. Wenn ihnen dann mehr noch als bisher freie Hand gelassen wird, sich auszuzeichnen, wenn ihnen weiter

Die Direktorenlaufbahn eröffnet wird, dann haben wir eine Konkurrenz, die sozial treibende motorische Kraft für die Weiterentwicklung des Bergbaues bedeutet, daß der bisherige Zustand erheblich ins Hintertreffen gerät.

Im Betrieb wird sich für den einzelnen verhältnismäßig wenig ändern; er wird auch in Zukunft genau wie früher seine Arbeit leisten müssen, er wird sich ärgern, wenn das Gezähe schlecht ist, wenn die Wagen schlecht geschmiert sind und wenn der Steiger oder Siderheitsmann über schlechtes Verbauen knurrt. Er wird sich ärgern, wenn der Kamerad nicht genug geleistet hat oder wenn ihm sonst etwas in die Quere kommt. Auch der sozialisierte Bergbau schafft diese Lücken des Objektes und des Betriebes nicht aus der Welt. Der sozialisierte Bergbau kann aber das eine schaffen: Er soll jedem im Betriebe Tätigen die Möglichkeit geben, sich gegen Ungerechtigkeiten, die sich vermeiden lassen, zu wehren, um sie aus der Welt zu schaffen; er soll weiter allen im Bergbau Tätigen, die Lust und Liebe zur Mitarbeit haben, die Möglichkeit gewähren, an dem Betriebe, der ihm das Brot gibt, mitzuarbeiten. Die Sozialisierung des Bergbaues ist der erste Schritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Selbständigmachung der Arbeitnehmer.

Wenn die Ergebnisse im technischen und kaufmännischen Betrieb zusammengerechnet werden, die ohne Mühe erzielt werden können, so ist auf jeden Fall die Gefahr, die immer in den Vordergrund geschoben wird, daß der sozialisierte Bergbau unrentabel wäre als der bisherige privatkapitalistische, nicht übermäßig groß. Gebrauch macht die Voraussetzung, die jeder im Bergbau tätige Betriebsbeamte haben muß, wenn er sich die Entwicklung seines Betriebes für die kommende Zeit klar machen will, so kommt man mit dieser klaren, nüchternen und ruhigen Ueberlegung zu der Ueberzeugung, daß die Sozialisierung des Bergbaues kein Experiment ist, welches aus technischen Gründen verlagert.

Die Sozialisierung des Bergbaues muß, wenn die Betriebsbeamten des Bergbaues in ihrem Urteil nur zum allerkleinsten Teile recht haben, mit einem Erfolge enden. Optimisten werden in ihrem Urteil viel weiter gehen, aber schon das genügt, mit aller Entschiedenheit die Sozialisierung zu verlangen, wenn die Aufrechterhaltung der heutigen Leistungen gesichert erscheint.

Zu den Kabinettsbeschlüssen.

Der „Vorwärts“ hat gestern die Beschlüsse des Reichskabinetts, die Bestehen durch Einziehung des Reichsnotopfers zur Tragung der Finanzlasten mit heranzuziehen und die Sozialisierung des Bergbaues in Angriff zu nehmen, sympathisch aufgenommen. Daraus folgert die „Freiheit“, wir hätten uns zu einer „unkritischen Haltung bereit erklärt“ und „den Einfluß der Arbeiterklasse von vornherein preisgegeben“, während die „Arbeitszeitung“ der Vermutung Raum gibt, die Regierung hätte den Sozialisierungsbeschlüssen unter dem Druck eines mit der Sozialdemokratie abgehandelten Handelsgeschäftes gefügt. Das eine ist ebenso unrichtig wie das andere.

Die Beschlüsse der Regierung sind von der Sozialdemokratie in keiner anderen Weise beeinflusst worden als durch die guten Gründe, die sie in aller Öffentlichkeit vorbrachte. Ihr Gewicht müßte auch die bürgerliche Regierung anerkennen, weil es durch die Wucht zwingender Verhältnisse verstärkt wird. Von blindem Vertrauen aber, daß nun alles auf dem besten Wege sei, sind wir reichlich weit entfernt und eben darum sind wir entschlossen, die eingeleitete gesetzgebende Aktion durch positive Mitarbeit vor Verjähren und Fehlwegen zu bewahren.

Die „Freiheit“ will sich „bereithalten, den ganzen Einfluß der Arbeiterklasse einzusetzen für eine Sozialisierung, die diesen Namen verdient“. Wir würden uns sehr gerne mit der „Freiheit“ über „Sozialisierung, die diesen Namen

verdient“, ausführlich unterhalten, wie wir überhaupt meinen, es wäre zweckdienlich, einmal ernstlich miteinander über Ziele und Methoden sozialistischer Betätigungen zu reden, statt immer an leeren Diktaturphrasen herumzuläufeln — fürchten aber, daß der „Freiheit“-Redaktion zu einer ersten Erörterung dieses immerhin wichtigen Gegenstandes zurzeit die nötige Sammlung fehlt. Es wird also wohl so bleiben, daß die einen ein paar hingehauene Redensarten liefern, während die anderen die Arbeit zu leisten haben, und das paßt uns so ganz gut, denn wir sind es schon gewohnt. Einverstanden sind wir aber vollständig damit, daß die Arbeiterklasse ihren ganzen Einfluß für die Sozialisierung des Bergbaues einsetzt, das ist viel besser, als wenn sie in ewigen Richtungsphrasen ihre Kräfte sinnlos aufreibt.

Kühle über Käserufland.

Otto Kühle, der bereits den ganzen Weg von der Sozialdemokratie über U. S. P. und R. P. D. zur K. A. P. D. im Sprung zurückgelegt hat, urteilt im „Kommunist“ über das russische Räteystem folgendermaßen:

Die Räte freilich sind in Rußland nur Schatten. Ein Zeitungsblatt für die Bürokratie der Parteibürokratie. Zudem sich aber Rußland auf die Bürokratie stützt, kommt es zu einer politischen und wirtschaftlichen Karikatur des Kommunismus. Zu einem groben, unfruchtbaren und unerträglichen Staatskommunismus und einer groben, unfruchtbaren und unerträglichen Staatsflaute.

Von einer Unterredung mit Radek hat Kühle folgenden Eindruck nach Hause gebracht:

Meine erste Unterredung mit Radek war eine sachliche Auseinandersetzung. Stundenlang, teilweise sehr heftig. Jeder Satz Radeks war ein Satz aus der „Roten Fahne“. Jedes Argument ein Spartakus-Argument. Radek ist eben der Herr und Meister der K. A. P. D. Dr. Levi und Konforten sind seine willigen Papageien. Sie haben keine eigene Meinung und werden von Moskau bezahlt.

Dazu ist zu bemerken, daß auch sonst Gerüchte umgehen, wonach alle in Büchern, Broschüren oder Zeitungsform erscheinenden Verherrlichungen Sowjetrußlands mit russischem Gelde bezahlt sein sollen. Wenn die Kommunisten der Meinung sind, daß die Annahme solcher Behauptungen unerfänglich ist — und tatsächlich hört man sie oft diese Meinung aussprechen —, dann kann doch gefordert werden, daß ihre finanziellen Beziehungen zu Moskau klargestellt werden. Vielleicht wird sich mancher Arbeiter zur kommunistischen Propaganda anders stellen, wenn er erfährt, daß sie mit russischen Regierungsgeldern bezahlt wird.

Die Spaltung der Unabhängigen.

Die Parteiverammlung der U. S. P. in Frankfurt a. M. beschloß mit 620 gegen 475 Stimmen den Anschluß an Moskau, nachdem Däumig und Crispian besichtigt hatten. Däumig erklärte sich offen für eine Spaltung der Partei.

Die außerordentliche Kreisgeneralversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Höchst-Homburg-Uffingen beschloß mit 40 gegen 28 Stimmen den Anschluß an die Moskauer Dritte Internationale unter Zugrundelegung der bekannten 21 Bedingungen Moskaus.

Dagegen lehnte in Braunschweig die Mitteldeutscher-Partei der U. S. P. D., in der der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn sprach, mit großer Mehrheit die Aufnahmebedingungen der Dritten Internationale ab.

Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag Kenntnis von der Zurückziehung der Bekanntmachung betreffend Kollektivverträge über Bildung von Berufsständischen Beiräten auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Im übrigen wurden nur Angelegenheiten von örtlichem Interesse erledigt.

Minister.

Der Gehler ist kein Gehler, kein Landvogt hart und stark; droht ein Kommikanale, wird schnell sein Mut zu Quart. Gefährte muß man schonen; nur ja kein Wort zu barsch — selbst wenn Kappisten oben erneut Paradedemarsch.

Der Hermes ist kein Hermes, Erfindung liegt ihm nicht; Agrarierlust zu pflegen scheint dem Minister Pflicht. Der Sped und die Kartoffeln sind in des Bachers Hand, mag der Prolete hungern für's teure Vaterland.

Der Wirtz schänkt able Schnäpfe, er sei ein strenger Wirt; daß nicht der Arme zahle, der Schieber frei einschwert. Dem Gott ein Amt gegeben, kommt manchmal zu Begriff: Ihr Herren, fahrt das Steuer, sonst treibt der Sturm das Schiff!

Schlarsch.

Naturforschertag.

III.

Abend, den 22. September 1920.

Wittwisch früh fand zunächst eine Geschäftsitzung statt, in der als der nächstjährigen Tagung Ziel bestimmt wurde, falls der Vorstand diese Tagung nicht ausfallen läßt.

In der nun folgenden allgemeinen Sitzung erreichte die Tagung einen Tiefstand, wie er bisher auf einer Naturforscherversammlung wohl noch nicht erlebt worden ist. Es ist das aber eine notwendige Folge, wenn die Vortragenden es für ihre Aufgabe halten, anstatt Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Forschung mitzuteilen, ihre Meinungen über Tagesfragen breitzutreten und dabei so zu tun, als ob diese naturgemäß einseitig politisch gefärbten Meinungen Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen seien. Zuerst berichtete Professor v. Humboldt, München über „Probleme der Syphilis“. In ruhiger, wissenschaftlich-sachlicher Weise führte er aus, wie die Syphilis, dieses große soziale Problem, trotz der großen Fortschritte, die ihre Erkennung und Behandlung in den letzten Jahren gemacht haben, der ärztlichen Wissenschaft noch manche Probleme stellt. Den eigenartigen Verlauf der Krankheit erklärt v. Humboldt dadurch, daß die Haut, in die hinein stets die Ansteckung erfolgt, besonders geartete Schupfstoffe bildet. Das bedingt besonders, daß es nicht gleich zu Anfang zu lebensbedrohlichen Erscheinungen kommt. Bei der angeborenen Syphilis sieht man von vornherein viel schwerere Er-

scheinungen, und zwar, weil hier die Krankheitserreger von der Mutter aus durch die Nabelschnur sofort in die inneren Organe gelangen, die nicht die gleichen Schupfstoffe bilden können, wie die Haut. Sind bei erworbener Syphilis die Erreger längere Zeit in dem Körper, dann können sich um sie herum Antikörper oder geschwulstartige Wälle bilden, die auch einen gewissen Schutz bedeuten. Fehlt im Einzelfall die Fähigkeit zu solcher Wallbildung, dann scheinen die Vorbedingungen geschaffen zu sein, die zu der schweren syphilitischen Giftstoffkrankheit, der Paralyse, führen.

Dann folgte Prof. Zimmering, Braunschweig einen Vortrag halten über „Die Reichsschulkonferenz und der mathematische und naturwissenschaftliche Unterricht an den höheren Schulen“. Niemand wird der Naturforscherversammlung das Recht bestreiten, diese wichtige Frage zu behandeln — hat die Gesellschaft doch schon vor Jahren einen besonderen Ausschuss zur Förderung dieses Unterrichts eingesetzt, der unter dem Vorsitz des verstorbenen Prof. Klein legendenvoll gewirkt hat. Prof. Zimmering begann damit, daß dem höheren Bildungswesen schwere Gefahr drohe von dem Bildungsstreben der Arbeiterschaft, denn das Drängen des Arbeiters nach gleicher Bildung mit den höheren Ständen könne naturgemäß nicht befriedigt werden, so komme er zu dem Ruf: Kann ich nicht heraus zu Euch, so sollt Ihr herunter zu uns. Dieses Streben, meinte er, sei auch auf der Konferenz zum Ausdruck gekommen und er warf der Reichsregierung vor, sie habe die Einberufungen mit einer bestimmten Redensart abgelehnt, die der höheren Bildung nicht günstig war. Als die beiden Angelpunkte der Konferenz bezeichnete er die Frage der Lehrerbildung und der einheitlichen Grundschule, in diesen beiden wichtigsten Fragen sei eine gewisse Einheitslichkeit erzielt worden.

Schon bei diesen Ausführungen hatte sich eine deutliche Abneigung gegen die Bestrebungen der Volksschullehrer gezeigt.

Zimmering trat dann für Durchdringung des gesamten Unterrichtswezens mit naturwissenschaftlichem Geiste ein.

Er gab zu, daß die Volksschullehrerfreise durchaus auch der Meinung seien, die Weltanschauung müsse bestimmend sein für das Bildungswesen und daß sie dabei die Naturwissenschaften in den Vordergrund stellen, aber, sagte er, sie tun das in einer Weise, die wir nicht gutheißen können. Denn sie sind dabei lediglich geleitet von dem Haß gegen die Religion, die Weltlichkeit und die geistliche Schulaufsicht. Sie sagen, wir haben uns unsere Weltanschauung nach Darwin und Huxley gebildet. Diesen Standpunkt aber vertritt nicht die Naturforschung von heute, sondern die von gestern. Uns erscheint heute die Welt anders als Huxley und Karl Vogt. Die neue naturwissenschaftliche Bildung müssen wir suchen an alle Lehrer, auch an die Volksschullehrer heranzubringen, sonst können wir naturwissenschaftlichen Geist nicht ans Volk bringen. Was für Unheil ist nicht daraus entstanden, daß der Arbeiter aus Halbwissen und Schlagworten seine Weltanschauung aufbaut, daß er aus dem Satz „der Mensch stammt vom Affen ab“ die geistige Grundlage für seinen Sozialismus sich gebildet hat.

Das völlige Unverständnis der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung, das aus diesen Worten spricht, wurde von der allerdings nur spärlichen Zuhörerschaft mit Beifall quittiert. Wir können uns den Rest sparen. Bezeichnend ist es, daß der Vorsitzende

Prof. v. Küller in seinem Schlusswort betonte, dieser Vortrag teilte den Höhepunkt der Versammlung.

So bildete diese letzte allgemeine Sitzung einen passenden Abschluss zu dem Eindruck der ersten — die deutschen Naturforscher stellten sich der neuen Zeit feindlich gegenüber. Aber dieser Eindruck ist falsch. Dank der Organisation dieser allgemeinen Sitzungen kommen hier nur einzelne Vortragende zu Wort, und die diesmal zu Wort gekommenen kann man keineswegs als die führenden Geister der deutschen Naturwissenschaft bezeichnen. Aber die Gesellschaft wird gut tun, ihre Vortragenden und Vorsitzenden vorsichtiger auszuwählen, wenn sie sich nicht selbst die Erfüllung ihrer Aufgabe, die Verbreitung naturwissenschaftlichen Denkens und Wissens, unmöglich machen will.

An den nächsten Tagen finden die wissenschaftlichen Abteilungsitzungen statt.

„Tristan und Isolde“ in der Staatsoper. Der große Erfolg dieses gleichmäßig schönen Abends ist: wir haben an der Oper wieder eine Isolde. Helene Wilschun u. erinnert in der Schönheit ihrer Gebärden und Bewegungen, in der Größe ihrer Haltung und dem Adel ihres Spieles schon an die fast legendäre Darstellung durch die Eucher oder Materna. Sie treibt nichts an der schönen Stimme gewaltig hoch. Alles quillt vielmehr in holdstem Klang hervor, kein Schrei gewaltig hoch. Alles quillt vielmehr in holdstem Klang hervor, kein Schrei kommt gepreßt, kein leiser Ton verhaucht seelenlos. Eine herrliche untergeordnete Leistung. Im Liebesduett schmiegte sich ihr Organ an das Tristans organisch und lebendig an. Hier, im zweiten Akt, war auch Josef Mann trotz einiger unvollig gebrochener Register in der Stimme stark und empfindungsvoll bei der Kantilene. Der entzückende und leidende Tristan griff stark an Herz, weniger der prächtvoll beklemmende, aber zu gewaltig ausdauernde Marke des Otto Heilger. Frau Karin Brangell ist zwar immer eine Nüance zu unterirdisch, Erdhaft, bewegt aber dann doch in der vollenbeiden Eingabe an ihre Rolle. Mode Kurwenal zeigte sich als sehr gewandte und schön singende Kraft, vornehm und innig. Schillings dirigierte mit bewegtester Einfühlung, und das Orchester gab dem Juden der stummen Sprache ebenso nach, wie es sich herrlich in die lebendigste Leidenschaft aufschwang. Die Inszenierung war besonders im zweiten Akt mit der stimmungsvollen Dekoration ausgezeichnet.

Die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin wird Ende Oktober in der früheren Bauakademie ihre Vorlesungen beginnen. Die Hochschule vereinigt hervorragende akademische Lehrer, frühere und aktive Staatsmänner, Führer des Wirtschaftswissenschaftlichen sowie der Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft. U. a. wirken auch Dr. August Müller, Dr. David und R. Wiffel mit. Der Besuch der Hochschule für Politik ist nicht an den Nachweis einer Prüfung geknüpft, sondern für alle Volksschichten offen. Vorlesungen und Übungen finden in der Regel nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr statt. Vorlesungsverzeichnisse durch das Sekretariat (Bauakademie, Schinkelplatz) und durch die vorbereitende Geschäftsstelle (Schöneberger Ufer 26a).

Reinhardt noch Kristianis. Zwischen dem Nationaltheater und einem Berliner Max Reinhardt wurde ein Kontakt über ein fünfjähriges Gastspiel vom 8. bis 12. November oder vom 20. November bis 3. Dezember unterzeichnet. Unter den Regisseuren befindet sich der Urja u.

Die Magistratswahlen.

Wahlstreik aller Bürgerlichen.

Die Groß-Berliner Stadtoberordnetenversammlung setzte gestern die Magistratswahlen fort. Gegen den Ausschussvorschlag der Besetzung des Stadtschulratsamtes mit dem unabhängigen Sozialisten Dr. Löwenstein eiferten im Biederermannston die Redner der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und des Zentrums. Unter Genosse Rektor Blum rief ihnen die Maske vom Gesicht und hielt ihnen vor, daß der Hauptgrund ihres Widerstandes ihr Haß gegen den Sozialisten, den Juden und den Dissidenten ist. In treffenden Ausführungen wies er nach, daß die für sie an letzter Stelle stehenden „Bedenken“ gegen Löwensteins Fähigkeit hinjällig sind. Die Wahl Löwensteins wurde von den beiden sozialistischen Fraktionen mit stürmischem Beifall begrüßt. Nachdem dann die Wahl unseres Genossen Ritter zum Bürgermeister vollzogen worden war, kam es bei der Wahl der sogenannten „politischen“ Stadträte zum „Kraus“. Die bürgerlichen Fraktionen (mit Ausnahme der fehlenden Deutschnationalen) beantragten Verteilung dieser Stadtratsposten nach Maßgabe der Fraktionsstärke. Daß die Bürgerlichen schon unter den Hochstadträten ausreichend vertreten sind und auf der Liste der 20 „politischen“ Stadträte noch zwei Demokraten standen, genügte ihnen nicht. Als ihr Verlangen abgelehnt wurde, erklärten sie, daß sie „diese Magistratsmacher nicht mitmachen“ wollten und marschierten aus dem Saal. So kam man um das zeitraubende „Bergmühen“, mitanhören zu müssen, wie auch die 20 Stadträte noch einer nach dem anderen durchgehählt wurden. Die Wahlen wurden dann ohne Debatte fortgesetzt und fast zu Ende geführt. Überall wurden die vom Ausschuss vorgeschlagenen Kandidaten gewählt.

Der Sitzungsbericht.

In der vom Vorsteher Dr. Wehl um 1/2 Uhr eröffneten Sitzung fehlten wieder die Deutschnationalen. Sie beginnt mit einer Debatte über die

Wahl des Stadtschulrats.

Kröpelin (D. Vp.) eifert gegen den vom Ausschuss vorgeschlagenen Dr. Löwenstein. Er weist auf die Freizügigkeit gegen diesen Kandidaten hin und schließt sich an, einen zu verlesen. (Zuruf: Aus einem Jungfrauenverein!) Nein, es ist zufällig ein Jungfrauenverein. Die Jungfrauen haben bei uns noch keine Kinder. (Wunderbares Gelächter.) Redner geht besonders auf die ablehnende Stellung des Dissidenten Löwenstein zu den Religionsgesellschaften ein. Gegen ihn würden sich alle religiös gesinnten Eltern wenden. Er empfiehlt den bisherigen Berliner Stadtschulrat Reimann.

Dominicus (Dem.): Unsere Opposition gegen Löwenstein richtet sich nicht gegen seinen Charakter, sondern gegen seine fachliche Vorbildung. Er ist nur Theoretiker, der niemals an einer öffentlichen Schule unterrichtet hat. Auch wir empfehlen Reimann.

Blum (Soz.): Der Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen Löwenstein gilt besonders dem Sozialisten. Wir sind im Ausschuss nach eingehender Prüfung immer wieder zu dem Ergebnis gekommen, daß der Hauptstoß sich gegen seine Zugehörigkeit zum Sozialismus richtet. Es entspricht unserem Verantwortungsbewußtsein, daß wir gerade diesen wichtigen Posten mit einem Sozialisten besetzen. Damit will ich aber nicht sagen, daß Politik in die Schule hineingetragen werden soll. Zweitens richtet sich (nach rechts) ihr Widerstand gegen den Juden. Wir können diesen antisemitischen Gedankengang nicht mitmachen. Wir fragen nicht nach der Abstammung. Der dritte Grund des Widerstandes gegen Löwenstein ist, daß er Dissident ist. Aber in dem wahren religiösen Gefühl, in dem Suchen nach Wahrheit steht er hinter niemand zurück. Niemand darf ihn als einen Menschen von minderer Moral ansehen. Redner würdigt dann Löwensteins fachliche Befähigung. Löwenstein soll kein Hochmann sein? Er hat Pädagogik und Psychologie studiert. Als geborener „Hochmann“ für die Schulaufsicht galt früher — der Pastor! (Zustimmung, Lärm.) Und für die staatliche Leitung des Unterrichtswesens war

der geborene „Hochmann“ — der Jurist! Wir halten an Löwenstein fest, weil wir uns eine segensreiche Tätigkeit von ihm versprechen. (Stürmischer Beifall bei den beiden sozialistischen Fraktionen.)

Galle (R.) erkennt manche der pädagogischen Forderungen Löwensteins als richtig an, kommt aber im ganzen zu einer Ablehnung. Er behauptet, daß auch die Mehrheit der Eltern und der Lehrer ihn ablehnt. (Widerstand links.)

Schneider (U. Soz.) stellt fest, daß weite Kreise der Elternschaft und auch zahlreiche Lehrer sich für Löwenstein erklärt haben. Während seiner Rede betrifft die Reaktion der Deutschnationalen den Saal. Es sei gerade ein Vorzug Löwensteins, daß er nicht „Schulmann“ der üblichen Art ist, sondern als freier Pädagoge sich einen freien Blick bewahrt hat.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Bei der dann vollzogenen Wahl, an der sich ausnahmsweise auch die Deutschnationalen beteiligten, werden 200 Stimmzettel abgegeben, darunter 6 unbeschriebene. Mit 109 Stimmen ist

Dr. Löwenstein gewählt.

(Stürmisches Probol) Auf Reimann sind 81 Stimmen gefallen. Vorsteher Dr. Wehl teilt ein inzwischen eingegangenes Schreiben des Oberpräsidenten mit, der seine Bedenken gegen die Besetzung des Bürgermeistergeschäfts, das nicht weit über das Gehalt der Hochstadträte hinausgeht, fallen läßt.

Darauf kann zur

Wahl des Bürgermeisters

geschritten werden. (Die Deutschnationalen verlassen wieder den Saal.) In der kurzen Debatte über die Kandidaten erkennt Dr. Caspari (D. Vp.) die persönliche Tüchtigkeit des vom Ausschuss vorgeschlagenen bisherigen Berliner Stadtrats Ritter an. Er vertritt aber bei ihm die Vorbildung für dieses wichtige Amt und empfiehlt den bisherigen Charlottenburger Stadtkämmerer Scholz.

Bei der Wahl werden 170 Zettel abgegeben, einschließlich 3 ungenügender. Gewählt wird Genosse Ritter mit 115 Stimmen, Scholz erhält 52.

Zur Wahl der sogenannten

„politischen“ Stadträte

beantragen Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, die Vorschläge der einzelnen Parteien nach Maßgabe der Fraktionsstärke zu berücksichtigen. Merzen (Dem.) beruft hierzu auf die jetzt geltende Städteordnung. v. Ehner (D. Vp.) legt seine Hoffnung auf die Gesetzesänderung und die von ihr zu erwartende Ungültigkeitserklärung dieser Wahlen und schließt mit der Drohung: Wir werden mit und nicht spielen lassen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktionen abgelehnt.

Merzen (Dem.) erklärt: Alle unsere Versuche, den Magistrat auf dem Boden der Demokratie, der Gleichberechtigung aller Bevölkerungskreise zu bilden, sind gescheitert. Damit trennen sich unsere Wege! Wir glauben, daß zum Aufbau des Gemeinwesens alle Befähigten, die es auch in anderen Parteien gibt, mitwirken müssen. (Zuruf: Ihre Leute sind ja vertreten!) Gewiß, auch Parteigenossen von uns haben auf der Kandidatenliste. Sie wählen sie aber nur, weil Sie ihre Befähigung brauchen. Auf der Liste stehen auch Männer anderer Parteien, die wir gern wählen würden. Wir sind aber nicht in der Lage, an den Wahlen teilzunehmen, weil wir diese Art der Magistratsmacherei nicht mitmachen können. (Beifall bei den bürgerlichen Fraktionen. Zuruf: Früher habt Ihr's ebenso gemacht!)

Die bürgerlichen Fraktionen verlassen den Saal. Die zu den Stimmsählern gehörende und für dieses Amt vereidigte Stadtoberordnete Prof. Kromm (D. Vp.) will mitgehen. Der Vorsteher weist sie auf ihre Amtspflicht hin, entläßt sie dann aber auf ihren Wunsch.

Darauf werden die Stadtratswahlen ohne weitere Debatte vollzogen.

Gewählt werden Stadtrat Ahrens-Charlottenburg (S. P. D.) mit 112 Stimmen (110 abgegebene Zettel), Stadtrat Wässl-Neuland (U. S. P. D.) mit 113 Stimmen (115 Zettel), Redakteur Emonts (U. S. P. D.) mit 100 Stimmen (115 Zettel).

Stadtrat Gabel-Lichtenberg (U. S. P. D.) mit 108 Stimmen (115 Zettel), Stadtrat Hinkel-Berlin (U. S. P. D.) mit 115 Stimmen (115 Zettel), Stadtrat Koblenger-Berlin (S. P. D.) mit 118 Stimmen (116 Zettel), Referent im Reichswirtschaftsministerium Kobl (S. P. D.) mit 112 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Leid-Berlin (U. S. P. D.) mit 114 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Pochning-Berlin (Dem.) mit 104 Stimmen (116 Zettel), Gemeindevorsteher Peters-Alt-Blanke (U. S. P. D.) mit 105 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Pösch-Berlin (S. P. D.) mit 118 Stimmen (115 Zettel), Stadtrat Radtke-Neuland (U. S. P. D.) mit 113 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Ranke-Berlin (U. S. P. D.) mit 108 Stimmen (116 Zettel), Redakteur Schünning-Karlshorst (U. S. P. D.) mit 102 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Simonsohn-Berlin (Dem.) mit 106 Stimmen (116 Zettel), Gewerkschaftsangehöriger Stoll (U. S. P. D.) mit 81 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Weise-Berlin (U. S. P. D.) mit 103 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Weigl-Berlin (U. S. P. D.) mit 107 Stimmen (116 Zettel), Prof. Hedwig Wachenheim (S. P. D.) mit 80 Stimmen (116 Zettel), Stadtrat Wühl-Neuland (S. P. D.) mit 80 Stimmen (116 Zettel).

Vorsteher Dr. Wehl schließt die Sitzung um 10 Uhr.

Groß-Berlin

„Auf Befehl Ihrer Kaiserl. Hoheit“.

Gegeben im September — 1920.

Es heißt, es gäbe in Deutschland einen Reichswehrminister, dem Nachbesugnisse über die deutsche Wehrmacht zustehen. Es heißt, er sei verpflichtet, diese Nachbesugnisse im Sinne der Befähigung anzugehen. Es heißt, es gäbe in Deutschland militärische Führer, die ihre Nachbesugnisse im Sinne des Reichswehrministers und der Verfassung, auf die sie verpflichtet sind, auszuüben hätten. Es heißt, es heißt... Tatsache ist, daß den Oberbefehl über die deutsche Wehrmacht heute die Angehörigen des einstmalig registrierenden Hauses innehaben. In diesem besonderen Fall „befehl“ oder „Wünsche“ der früheren Kronprinzessin. Es könnte aber auch, wie man sich ganz gut denken kann, ihr Mann gewesen sein oder Wilhelm aus Holland, dem es nach einer Spritour in Deutschland gelüftet hätte, oder sonst jemand aus der Gesellschaft.

Am Sonnabend, den 18. er., hatte eine Münchener Filmgesellschaft in Potsdam Aufnahmen zu ihrem Film „Am Liebeshof des Sonnenkönigs“, der das leuchtende Leben am Hofe Ludwig XIV. schildert, gemacht. Für die Aufnahmen des als Sieger in Paris einziehenden Königs wurde Potsdam wegen seiner alten Bauten gewählt. Die Gesellschaft hat den Kommandeur eines Potsdamer Truppenteils, zur Darstellung der einziehenden Truppen Soldaten zur Verfügung zu stellen, wie es auch bei „Madame Dubarry“, „Katharina die Große“ usw. geschehen ist. Die schriftliche Einwilligung wurde gegeben, und nun schien die Aufnahme, die ca. 100 000 M. kostete, gesichert zu sein. In der Nacht von Freitag zum Sonnabend wurde die Erlaubnis zurückgezogen. Der Grund war:

Die frühere Kronprinzessin war in Potsdam angekommen und hatte dagegen protestiert, daß deutsche Soldaten in einem Film mitwirken, dem ein französisches Motiv zugrunde liegt. Der von der früheren Kronprinzessin geleitete Wunsch wurde in Form eines Befehls durch den Kommandeur der Reichswehrbrigade 3 weitergegeben und dem Folge geleistet.

Die Filmgesellschaft hatte beim Arbeitslosenamt mehrere hundert Arbeitslose engagiert, die an Stelle der Truppen mitwirken und auf diese Art zu einem Verdienst kommen sollten. Als die Aufnahme begann, fuhren Militärlastautos durch die kostümierten Mitwirkenden und waren wieder durch Witten, noch durch glühendes Juchzen zu bewegen, weiterzuführen. Der begleitende Offiziere gab auf alles Witten zur Antwort: „Sie können nicht verlangen, daß ich bei meinen politischen Anschauungen zugebe, daß hier in Potsdam ein französischer Film gedreht wird.“ Erst nach einer Stunde, als sich unter den Arbeitslosen eine erregte Stimmung bemerkbar machte, und sie gegen die Truppen eine drohende Haltung einnahmen, räumten die Truppen die Straße, so daß die Aufnahme beginnen konnte, nicht ohne durch fortwährendes Durchlaufen von Soldaten gestört zu werden. Den Potsdamer Truppen wurde von dem Oberleutnant Graf Reitschka der Befehl zu ihrem Verbleiben gegeben. Die Münchener Filmgesellschaft hat bei den maßgebenden Stellen Protest

Das Licht der Heimat.

Von August Hirtz.

21] Sie begann ernsthaft zu rechnen und zu erwägen. Harms Verdienst reichte gerade zum Leben aus. Das würde immer so bleiben, vielleicht könnten es einmal ein paar Groschen mehr werden — aber davon, — nein, damit konnte man nichts erreichen.

Und in der kleinen Wohnung, in dieser Luft, die immer leise schüttelte vom Stampfen gewaltiger Maschinen, die unablässig pöckten und Tag für Tag Waren schufen, welche über die ganze Erde liefen und aus allen Ländern einen Strom von Reichtum zusammenholten, — in dieser Luft, die durchsummt war von Arbeit und Betriebsamkeit, von hundert Möglichkeiten, das Glück zu erringen, in der Nähe, Bogenmut und Unternehmungslust zitterten, ging sie rastlos umher und suchte einen Ausweg aus der Enge ins Freie hinaus. Aber sie fand ihn nicht.

Da kam ein Bangen über sie und ein heimliches Grauen, daß sie sich verrannt hatten.

Sie sah die Menschen in ihrer Umgebung an. In diesen Reihenhäusern wohnten ausschließlich Fabrikarbeiterfamilien, Leute gleichen Standes wie sie selbst. Sie sprach ihre Sofnachbarin an, eine ewig müde aussehende Frau, die kaum vierzig war. Ein halb Dutzend Kinder liefen auf dem Hof und in der Wohnung herum, und wenn sie auch nie ganz heiles Zeug anboten, waren sie doch immer einigermassen sauber. Diese Frau hatte ihr am besten gefallen von allen Nachbarninnen.

„Sie haben's gut,“ sagte die zu ihr und seufzte: „Meine feste bringen mich noch um; soviel Zeug, wie die verreiben!“ Mit einer lässigen Handbewegung strich sie sich die früh-ergrauten Haarsträhnen aus dem Gesicht. „Immerhin, jetzt kann man nicht klagen, früher wars schlimmer.“

Bekommen sah Meta auf die verblühte Gestalt und den grenzenlos ärmlichen Hausbald.

„Und jetzt“ — fragte sie erstaunt, „jetzt sind Sie zufrieden?“

„Ja, seit die Fabrik so hochgekommen ist, geht es ja, da hat man doch wenigstens zu essen. Aber früher, als mein

Mann alle Jahr ein paar Wochen feiern mußte — da wars schlecht. Manchmal wars ganz schlimm, da konnte ich nicht mal Milch für die Kleinen kaufen, und mittags nur Kartoffeln, ja davon sind die Kinder wohl etwas schwach geblieben, die englische Krankheit haben sie ja alle, das kommt vielleicht davon.“

Meta sah auf die Kleinen, die blaß und mit krummen Beinchen auf dem Hof herumkrochen. Sie dachte, wie Dierf draußen auf der Heide umhergelaufen war.

„Sie müssen mit den Kindern hinaus, ins Freie.“
„Ach, ich bin immer so müde. Ich bin froh, daß ich zu Haus bleiben kann.“

„Dann sollten Sie eine andere Wohnung nehmen.“
„Wo zu? Hier ist es doch am billigsten. Und ich bin fertig, wenn wir hier nur immer sitzen bleiben können. Mehr verlang' ich gar nicht.“

„Ja —“ sagte Meta — „aber einmal müssen Sie sich doch aufrufen. Sie wollen doch nicht Ihr ganzes Leben lang hier wohnen bleiben?“

Da sah die andere sie mit einem laosen, sonderbaren Blick an; fast mütterlich mitleidig. „Sie sind wohl noch jung,“ sagte sie und hob das kleinste, das an ihrem Rock hing, mühsam auf die Arme. „Früher, da hab ich auch mitunter so sonderbare Gedanken gehabt, da bildet man sich dann ein, es müßt einem mal was Besonderes begegnen — aber das Besonders war immer nur Unglück. Ne, es ist schon am besten, wenn's nur immer so bleibt, wie es ist.“ Mit einer müden Bärtlichkeit drückte sie das Kind an sich und lächelte trübe.

„Aber die Kinder!“ sagte Meta, der sich das Herz in einer unbestimmten Angst zusammenkrampfte.

„Meine Kleinsten kommt Ostern schon aus der Schule. Sie soll mit in die Fabrik gehen — sehen Sie, dann haben wir's schon gleich besser.“

„Das Kind — mit in die Fabrik?“ fragte Meta.

„Nun ja, was soll sie sonst anfangen? Hier gehen sie alle — alle miteinander, sobald sie so weit sind. Ich selbst ging ja auch ganz gern, aber das geht ja nicht wegen der Kinder.“

„Ihr ganzes Leben lang? Immer, immer in die Fabrik?“
stammelte Meta.

„Ja,“ sagte die andere, „es ist ein Glück, daß wir die haben. Wie sollten wir sonst wohl durchkommen?“

Mit einer lähmenden Angst im Herzen ging Meta in ihre Wohnung zurück. Wie war das möglich, daß die Menschen so zermürbt wurden? Daß sie sich wohl fühlen konnten in dieser Enge und nicht einmal mehr hoffen wollten? Aber waren sie alle so?

Da waren andere Frauen in ihrer Umgebung, die sie kennen lernte. Eine kinderlose, junge Frau mit verbitterten Zügen, die nebenan wohnte. Sie suchte sie auf und fand einen schmutzigen, verkommenen Hausbald.

„Ihrer läuft wohl nicht?“ fragte sie gleich und sah Meta neidisch mit einem bösen Blick an. Und als Meta fast beleidigt verneinte, fuhr sie fort: „Tun Sie nur nicht so, Sie werden auch noch erleben. Keinen Pfennig bringt er mir heim, der Lump, wenn ich ihn nicht selbst abhole am Lohnstag. Ganz und gar verdorben haben sie ihn auf der Fabrik.“

Entsetzt stoh Meta zurück. Nur das nicht.

Andere zeigten ihr offene Feindschaft, aber die meisten waren gleichgültig und schienen zufrieden mit dem Leben, das sie führten. Gab es denn auch etwas anderes für sie? Alles, was arbeiten konnte, ging in die Fabrik. Kinder, die ihr ganzes Leben fast nichts von der Welt gesehen hatten, als diese Straße, und die ihr ganzes Leben lang nichts anderes sehen würden, — Männer, die nicht einmal von etwas anderem wußten und kein Verlangen hatten nach einem anderen Leben. Die Tag für Tag den gleichen Weg gingen, deren Leben nur von dem großen Blut- und Ebbestrom bestimmt wurde, der sie hineintrieb in die großen Tore und abends müde wieder zurückwälzte. Und der nun auch Harms Leben, ihr eigenes und das ihres Kindes ergriffen hatte und in seinen gleichmäßigen Fluß hineinriß. Aber sie wollte nicht, wollte nicht!

Sie ballte die Fäuste und sann verzweifelt nach, was sie beginnen konnte. Alles, was sie ausdachte, verlangte Geld. Sie wußte keinen Rat und sah verbittert zu, wie Harms Lohn ihr Woche um Woche unter den Fingern zerrann.

Und immer, Tag für Tag, dies leise, ferne Schüttern und Stampfen, das die ganze Luft erfüllte und mitunter den Fußboden in ihrem leichtenbauten Haus erzittern ließ.

(Fortl. folgt)

gegen erhoben, daß sie durch Befehle eines Mitgliedes des früheren deutschen Kaiserhauses in der Ausführung ihrer Tätigkeit behindert wurde.

Ganz abgesehen von der Schädigung, die die unternehmende Firmengesellschaft durch diese Geschäfte erlitten hat oder erleiden konnte (wir dürfen kaum in den Verdacht kommen, dergleichen Firmengeschäfte je unterläßt zu haben), so entwickeln sich für die nächste Zukunft der deutschen Republik angenehme Aussichten. Das Nachbewußtsein der exzentrizischen Dame in Potsdam dürfte sich nach diesem Vorfall erheblich steigern und vielleicht sogar aus ihrem Kreise Nachahmer finden, wenn nicht — — — Gott ja, der Reichswehrminister — —

Der so außerordentlich gehorsame Oberleutnant Graf Ratuschka steht nämlich, soviel wir wissen, noch immer im Dienst der deutschen Republik.

Wann geruht man ihm freundlichst die Tür zu weisen?

Raubmord an einem 70jährigen.

Mit durchschnittlicher Kasse aufgefunden.

Nach einer kurzen Pause beschäftigt sich gestern Abend ein neuer Raubmord die Berliner Kriminalpolizei. In der Linienstraße 78 wurde der 70 Jahre alte Kaufmann Rudolf Engelmann ermordet und beraubt aufgefunden.

Engelmann, der von seiner Frau getrennt lebt, hat im ersten Stock des Hauses eine aus drei Zimmern und Küche bestehende Wohnung inne. Die beiden Vorderzimmer hat er an eine Damen-Modelliererei vermietet. Er selbst bewohnte nur die Küche und die Stube, die ihm zugleich als Wohn- und Schlafzimmern und auch als Koniar dient. In diesem Räume wurde der Siebzigjährige gestern nachmittags kurz nach 6 Uhr von dem Inhaber der Schneiderwerkstatt ermordet aufgefunden. Engelmann lag mit durchschnittlicher Kasse in einer großen Blutlache unter dem Schreibtisch auf dem Rücken, außerdem hatte er einen Anebel im Munde. Die Revierpolizei benachrichtigte den Nordberichtsdiens der Kriminalpolizei. Der Befund ließ sofort erkennen, daß es ein Raubmord vorliegt. Alle Behälter waren zerbrochen, geöffnet und durchsucht. Eine Wertschloßkassette stand leer auf einem Stuhl. Auch die Kleidungsstücke seines Opfers hielten der Mörder durchsucht. Die Uhr hat er von der Kette gelöst und mitgenommen. Es scheint ein scharfer Kampf stattgefunden zu haben. Axtstücke und andere Sachen, die umher lagen, waren hart mit Blut besetzt. Das Messer, mit dem der Mörder die furchtbare Tat ausgeführt hat, lag neben der Leiche.

Engelmann lebte seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt. Diese befand sich in der Danziger Straße ein Geschäft, kam aber von Zeit zu Zeit und brachte ihm die Wohnung in Ordnung. Engelmann beschäftigte sich mit Kassa-Geschäften. Er wird sonst allgemein als ruhiger und bescheidener Mensch geschildert. Axtstücke und andere Sachen, die umher lagen, waren hart mit Blut besetzt. Das Messer, mit dem der Mörder die furchtbare Tat ausgeführt hat, lag neben der Leiche.

Zentralheizung — Warmwasser.

Der § 58 der Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin über die Kohlenverteilung für Hausbrand, Kleingewerbe und Handwerksbetriebe in Groß-Berlin wird unter gleichzeitiger Aufhebung des § 2 der Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin vom 20. August 1919 wie folgt abgeändert:

Kohlen dürfen zur Heizung von Räumen mit Zentralheizung nur insoweit verbraucht werden, daß die Innentemperatur 18 Grad Celsius nicht übersteigt, gemessen in der Mitte des Raumes, 1,5 Meter über dem Fußboden. Bei Vorhandensein von zentralen Warmwasserheizungsanlagen in Grundstücken mit Mieträumen, Hotels und Pensionen, muß der Vermieter am 1. und 3. Freitag eines jeden Monats von 3 Uhr nachmittags an bis zum darauffolgenden Sonntag nachmittags 3 Uhr Warmwasser abgeben; von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens hat die Warmwasserabgabe zu unterbleiben. Die Warmwasserabgabe in Bureauhäusern ist verboten. Für Hotels und Pensionen mit mehr als 10 Zimmern kann die Kohlenstelle auf Antrag eine abweichende Regelung anordnen. Die Abgabe von Warmwasser zu anderen als den festgesetzten Zeiten ist unzulässig. Abweichende Vereinbarungen zwischen Mieter und Vermieter sind unzulässig; jedoch ist die völlige Einstellung der Warmwasserzuführung nach schriftlicher Genehmigung der Kohlenstelle Groß-Berlin zulässig, wenn der Vermieter und sämtliche Mieter hierüber einig sind. Alle Sondervergünstigungen bezüglich der Warmwasserzuführung für Kerkze werden aufgehoben; Kerkze erhalten auf Antrag für die Einschränkung der Warmwasserzuführung für ihre ärztlichen Zwecke vierteljährlich eine Zuteilung von 4 Zentnern Kohlen auf Grund von Gewerbescheinarten.

Die nachstehenden Bestimmungen treten mit dem 24. September in Kraft.

Der patentierte „Landpanzerkreuzer“.

Eine Korrespondenz meldet:

Ein Patentschwindler, der seit vielen Jahren von verschiedenen Strafbehörden gesucht wird, wurde gestern von der Kriminalpolizei in einem Caféhaus am Potsdamer Platz verhaftet. Es handelt sich um einen Ingenieur Friedrich Wilhelm Göbel, der feinerseit in der Woystraße 58 wohnte und zunächst während des Krieges zur Ausnutzung einer Erfindung Kapitalisten suchte. Er wollte damals einen Landpanzerkreuzer konstruieren, einen unüberwindlichen Panzerkraftwagen, den die Heeresverwaltung ankaufen sollte. Eine ganze Reihe von Leuten fanden sich bereit, ihm große Summen vorzutreten. Als dann der „Erfinder“ nun selbst zum Heeresdienst eingezogen wurde, stellte sich heraus, daß dieser das Geld für die Herstellung des Panzerkraftwagens für sich persönlich verwandt hatte. Die gegen ihn erstateten Strafanzeigen wurden jedoch, weil Göbel Soldat war, niedergeschlagen. Nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst legte sich der Schwindler auf eine neue „Erfindung“. Er gab an, eine Vorrichtung erfunden zu haben, mittels der sich die Eisenbahnwagen automatisch schließen. Zur Ausnutzung dieser Erfindung und Herstellung von Probevägen suchte er Kapital und geeignete Fabrikräume. Eine Dame aus dem Westen Berlins stellte ihm diese und auch das nötige Kapital zur Verfügung. Sie wurde um ungefähr 75000 Mark durch ihn angelockt. Zuletzt soll Göbel der Weidgöberin auch noch einen wertvollen Teppich. Als er diesen gestern in einem Kaffeehaus verkaufen wollte, wurde er von den Kriminalbeamten festgenommen.

(Wir müssen die Verantwortung für diese Meldung der Korrespondenz überlassen. Nach unserem Einbruch ist Göbel durchaus kein gewöhnlicher Schwindler, sondern ein ernst zu nehmender Erfinder, dem manches Unrecht geschehen ist.)

Der 17er-Ausschuß der Preussischen Landesversammlung, der sich gestern mit den Abänderungsanträgen des Zentrum und der Rechten beschäftigten sollte, wurde auf heute früh 9 Uhr vertagt, da ein Teil seiner Mitglieder an den Magistratswahlen der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen mußte.

Neue Arbeiterarten der Straßenbahn. Ende September d. J. werden neue Sammelkarten für 8 Fahrten zu 5 M., gültig bis zum 30. November d. J., ausgegeben, die aus grünblauem Papier hergestellt sind, das Wasserzeichen G. V. St. tragen und einen roten Kontrollaufdruck aufweisen. Die in den Händen der Fahrgäste befindlichen Sammelkarten mit violetter Kontrollaufdruck, die laut Aufdruck bis zum 30. d. M. Gültigkeit besitzen, verlieren diese erst am 31. Oktober d. J. — Die Gültigkeit der Zeitkarten für Linie 50 ist mit sofortiger Wirkung auf die Strecke vom Wildenbruchplatz bis zum Ringbahnhof Treptow ausgedehnt, die Zeitkarteninhaber haben jedoch ihre Karten in der Zeit vom 27. d. M. bis zum 1. Oktober d. J. bei einer der Kartenausgabestellen vorzulegen, da nach dem 1. Oktober auf der Strecke zwischen Wildenbruchplatz und Treptow nur berechnigte Karten gelten.

Der Anschluß der Neuköllner Untergrundbahn an die Berliner Untergrundbahnhäute ist wenigstens zum Teil gesichert. Bekanntlich hat Neukölln den Bau von insgesamt 4 Kilometer Länge als Vorstandsarbeiten in Angriff genommen. Der vorgesehene Anschluß an die N. E. G. Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln und an die städtische Nord-Südbahn schien aber durch die außerordentliche Verteuerung der Baukosten in Frage gestellt zu sein. Bekanntlich war die N. E. G. Schnellbahn gezwungen, den Baubetrieb vorläufig einzustellen, während die Nord-Südbahn zunächst nur bis zum Galleschen Tor geführt werden sollte, da das städtische Tiefbauamt die außerordentlich hohen Kosten nicht mehr aufwenden zu können glaubte. Nunmehr hat das städtische Tiefbauamt sich dazu entschlossen, die noch fehlende Reststrecke, Tellower Straße-Hermannsplatz, in drei neuen Abschnitten auszuschreiben, um die sich die einzelnen Tiefbauunternehmen abgeben können. Damit würde der Gemeinschaftsbahnhof Hermannsplatz wenigstens zum Teil ausgeführt werden können, so daß ein, wenn auch nicht besonders günstiger Anschluß der Neuköllner Untergrundbahn gesichert erscheint. Die Genehmigungsurkunde für die Reststrecke ist ebenfalls vor einiger Zeit von den Kleinbahn-Aufsichtsbehörden unterzeichnet worden, so daß, abgesehen von Zwischenfällen, einer Inangriffnahme der Arbeit nichts entgegen steht.

Ein schlimmes Andenken an die Kapp-Zage hat der Charlottenburger Stadtverordnete Alfred Will, ein Mann, der sich um unsere Partei sehr verdient gemacht hat, behalten, der am 10. März in den Kapp-Tagen, in der Berliner Straße von einem wildgewordenen Kapp-Jünger erschossen wurde. Die Kugel war oberhalb des Armes in den Oberarmel gedrungen, hatte ihm den Knochen durchschlagen und ist im Becken stecken geblieben. Der Kermite ist nach fast fünfmonatiger Krankenlagerung erst vor kurzem wieder hergestellt. Als Andenken bleibt ihm ein feines Wein. Ganz besonders tragisch berührt aber, daß dieser Mann tags vorher, am 18. März, durch sein unrichtiges Eingreifen wesentlich dazu beigetragen hat, daß das Blutbad in der Lohmeyerstraße nicht noch sehr viel blutiger wurde, und daß es der Besetzung des Depots in der Lohmeyerstraße gelang, sich zu salbieren. Zum Dank dafür erhielt er am anderen Tage den Schuß ins Bein, der ihn zeitweilig zum Krüppel macht. Wertwürdigerweise ist es nicht gelungen, den Täter ausfindig zu machen.

Jugendliche Lehrervereinsband. Teilnehmerkarten und Gastkarten sämtlich ausverkauft. Am Sonntag findet kein Kartenverkauf statt.

Bezirksbildungsausschuß. Festkonzert! Am Sonntag, d. 26. d. M., in der Neuen Welt, Solenstraße 10/11, findet unter I. Festkonzert statt. Werke von L. van Beethoven. Mitwirkende: Herr Konzertmeister Lambson, Herr Klavierspieler (Festkonzert), das Bläser-Orchester unter Leitung von Herrn Kapellmeister Nedemow. Abkommenskarten sind noch im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, II. Hof IV, im 10. — 11. Ober, von 9—4 Uhr, Donnerstags von 9—1 und 4—7 Uhr. — Theateraufführung. Am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Zentral-Theater „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Eintritt 3,00 M. Nebenabgabe und Theaterzettel frei. — Sozialistische Bildungsschule. Die Vortragserien beginnen am Montag, den 18. Oktober, Lehrpläne (30 Bl.) und Hörerforten (6 Bl.) sind zu haben: Bei allen Abteilungsleitern, bei den städtischen Bildungsausschüssen, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, im Bezirksverband Groß-Berlin, an den Zellen 24, Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstr. 2 und Dorich, Angelstr. 15.

Empfangsabend des Betriebsrätekonferenzen. Die Betriebsrätezentrale des G. V. B. und der Via veranstaltet für die Delegierten des ersten Betriebsrätekonferenzen Deutschlands am Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Solenstraße 10/11, einen Empfangsabend. Mitwirkende: Konzertmeister Lambson, Violine, Paul Comabi (Deutsches Theater), Rezitation; das Bläser-Orchester. Kostlos: Leitung: G. V. B. Die Männerchöre: „Kamenlos“ und „Solidarität“ (Mitglieder des Arbeiter-Sänger-Bundes). Begrüßungsansprache: Rudolf Wissell. Eintrittskarten für Gäste zum Preise von 3,50 M. sind bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstr. 15, I, Arbeitsgemeinschaft freier Angehöriger, Belle-Alliance-Str. 7/10, und im Betriebssekretariat, an den Zellen 23, zu haben.

Ein sozialistisches Zirkus-Programm bringt die morgige Premiere im Zirkus Büch. Hans Stöckh-Sarrasani bringt ein geschlossenes Zirkus-Programm mit 140 Freizeitspielen, mit Dressuren gewöhnlicher Tiere und mit Ballett, Vorstellungen hiesiger Truppen und Aufführungen vieler Künstler, Lustturner usw. Hans Stöckh-Sarrasani wird persönlich auftreten.

Das Lebensmittelamt Alt-Mitte hat einen Posten Mitter vorteilhaft erworben und gibt am Freitag, den 24. September dieselben an die Interessenten billig ab.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 24. September:

17. Abt. Elternversammlung der 281. Gemeindegemeinde abends 7 Uhr Schulaula, Hohenlohestraße. Vortrag über Berufswohl. Referent: H. Schmidt.

23., 24., 26. u. 28. bis 32. Abt. Sozialdem. Männerchor (Kreis Treptow). Übungsstunde heute abends 8 Uhr bei Bessin, Eltargarder Straße 3.

Jugendsozialistische Vereinigung. Ortsgruppe Süd n. 7 1/2 Uhr im Zentralgebäude, Lindenstr. 3, Diskussionsabend, — Ortsgruppe Lichterfelde. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Albrechtstr. 14a, Diskussionsabend. Arbeitsausgang. 1/2 Uhr im Saale der Juristischen Erwerbsstunde Sitzung unter Teilnahme aus der bisherigen Arbeitsausgangsmittglieder.

S.P.D.-Ehrenbeiräte des Wahlkreises Friedrichshagen. 7 Uhr im der Aula der 123. Gemeindegemeinde, Lange Str. 76, Vortrag des Gen. Bruns über „Schulfragen“. Fragebogen mitbringen. S.P.D.-Lehrer sind hierzu eingeladen.

Neukölln. 4. Abt. Funktionärsitzung 7 1/2 Uhr bei Wolf, Ode Raster-Friedrich- und Reiterstraße. Die Delegierten zur Kreisvertreterversammlung müssen anwesend sein.

Morgen, 25. September:

7. Abt. Bezirksleiter werden dringend gebeten, 7 Uhr zur Abrechnung der Vogel. Wittenwalder Str. 16, zu erscheinen.

12. Abt. 6 Uhr Unterhaltungsabend mit Tanz im Eberwider Hof, Eberwider Straße 174. Eintrittskarten 20 Pf. bei den Bezirksleitern zu haben.

37. Abt. 3 Uhr Besichtigung des „Lindenhof“, Berlin-Grünberg, Auenstraße. Treffpunkt nach 2 Uhr Bahnhof Luisenpark. Interessenten und Beobachter Elternbeiräte, Lehrkräfte und sonstigen Erziehungsbedürftigen sind herzlich eingeladen.

Wahlkreis Wedding. 7 Uhr findet im Restaurant Krüger, Lustenstraße 34, die konstituierende Sitzung des Neugegründeten Selbsterziehungsvereins statt. Hierzu werden noch langjährige Genossen eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer. 5 Uhr Sitzung im Stadthaus, Kottbuscher Str. 245. Vortrag: Der lebensfähige Unterricht. Referent: Genosse Dr. Rawert und Genosse Greinert.

Verbandsrat für Post und Telegrafentelegraphen. 7 Uhr Versammlung aller auf dem Boden der S.P.D. stehenden Post- und Telegraphenbeamten in der Sophienstraße, Beunmeyerstr. 16. Reichstagsabgeordneter Steinlopp spricht über das Thema: Was hat die S.P.D. für die Beamtenbefreiung getan? Anschließend freie Reden.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 24. September:

Neukölln. Rogastr. 53. Diskussionsabend: „Unsere Winterarbeit“. — Peterburger Viertel. Strahmannstr. 20. Diskussionsabend: „Unsere Antikolonialpolitik“. — Reinickendorf-Ost. Ullrich, Gaudelstr. 43. Elternabend. — Köpenick. Schule Wilmstr. 10. Vortrag: „Der Wert der Bildung“. — Treptow. Elsenstr. 3. Vortrag: „Gewerkschaftsbewegung“. — Weichensee. Waldpromenade, Ledigenheim. Vortrag: „Die Revolution von 1848“.

Jugendsekretariat. Abt. Moabit. Bodener Str. 21. Einführungsabend mit besonderem Programm. Die Parteigenossen und -genossinnen werden gebeten, ihre Kinder auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband sozialistischer Lehrer. Sonnabend, 25. Sept. 6 Uhr: Völligung hinter der Garnisonkirche. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten. 2. Bericht der Deputationskommission. Sozialistische Lehrer treffen sich Freitag 7 1/2 Uhr bei Franzosen, Wagnersstr. 10. — Volksfürsorge! Am Sonnabend, den 25. September, findet im Gewerkschaftsbau, Berlin, Engelstr. 14/15, Saal 3, eine Odmannterversammlung statt. Beginn 7 Uhr.

Aus aller Welt.

Niedrige Mehlmischungen in Köln?

Das Kölner Organ der Unabhängigen, die „Soziale Republik“ bringt aufsehenerregende Enthüllungen über große Mehlmischungen bei dem Mühlenwerk Syberberg, Köln-Mühlheim, das einen Teil der Mehlerzeugung für die Stadt Köln hat. Durch Zulag großer Wassermengen, nämlich 240 bis 300 Liter auf 65 Doppelzentner Weizen, sei erreicht worden, daß man bei abgeklärtem Mahlprozent von 2000 Sad Weizen 2088 Sad Mehl gewonnen habe. Ein solcher Mahlprozent erzielte sich in 1 1/2 bis 2 Tagen. Ein unmittelbare Folge dieser Verwässerung und Streckung des Getreides bzw. Mehles, die schon jahrelang betrieben werde, sei eine unerhörte Verschlechterung des Mehls. Mit dem ihnen gelieferten feinsten Sadmehl könnten die Mäher kein anderes Brot herstellen, als dasjenige, worüber die Klagen der Bevölkerung nicht aufhören wollen. Die die „Soziale Republik“ weiter mittelt, hat man in der betreffenden Mühle auch zusammengekehrt Dred und Mehlricht in das gute Badmehl gemischt. Das Blatt verlangt eine scharfe Untersuchung der Angelegenheit, insbesondere auch darüber, was man mit den überflüssigen großen Mehlmengen anfangen hat.

Luffernspruch Berlin-Schweden. Tragische Telefonverfälschung Berlin-Stettin hatten ein gutes Ergebnis.

Todesurteil für Schieber. Das Revolutionstribunal für Wassertransportwesen in Rishnij-Kowgorod verurteilte den Fahrer und einen Kommissar des Dampfers Veresnik wegen Schiebung und Vandalismus zum Tode durch Erschießen. Andere an diesem Verbrechen Beteiligte wurden zu Zwangsarbeit verurteilt. Sie hatten den Dampfer mit Maschinengewehren bewaffnet, fuhren von Krasnodar nach Rishnij-Kowgorod und beschäftigten sich mit Schiebung.

Sport.

Die Rennen zu Karlsruhe am gestrigen Donnerstag fanden unter dem Zeichen des außerordentlich milden Wetters und weisen zahlreichen Besuch auf. Es gab spannende Augenblicke. Nachstehend die Resultate:

1. Kleinkaliber-Jagdrennen. Preis 16000 M. Distanz 2400 Meter. 1. Schanze (H. Heuer), 2. Radglocke (H. Müller), 3. Wendetrotz (W. Müller), 4. Nara (Stig). Ferner liefen: Delikat (H. Müller), Niska, Hedwig. Sieg: 49:10, Platz: 19:55, 11 (Nara), 9 (Wendetrotz): 10. — 2. Sattel-Jagdrennen. Preis 18000 M. Distanz 3600 Meter. 1. Gähnd (W. Müller), 2. Marmelade (H. Müller), 3. Opella (W. Müller). Ferner liefen: Escadron (H. Müller), Pilsler, Kometen (angeh.), Favorit (angeh.). Sieg: 32:10, Platz: 14, 14, 22:10. — 3. Hahnenpreis. 31000 M. Distanz 4200 Meter. 1. Galant (H. Teichmann), 2. Mäuschen (H. Müller), 3. Dule (Stielau). Ferner liefen: Sabine (H. Müller), Jenerbach, Kolhart (angeh.), Lancelot (angeh.). Sieg: 16:10, Platz: 12, 18, 23:10. — 4. Rinderrennen. Preis 16000 M. Distanz 2400 Meter. 1. Kästli (Behr), 2. Hummel (Duguenin), 3. Nimmelman (H. Benz), Ferner liefen: Regenhammer (H. Müller), Diadem, Fontaine, Pils, Kugel, Parfetten, Norma. Sieg: 24:10, Platz: 50, 20, 18:10. — 5. Haupt-Hahnenrennen. Ehrenpreis und 60000 M. Distanz 3000 Meter. 1. Tartan (H. Teichmann), 2. Orbiert (H. Müller), 3. Olympia (H. Müller). Ferner liefen: Hercules (H. Müller), Salsator, Finboge, Gellertunde, Kolbrense, Harmonie, Larissa, Oberon (angeh.), Dolbe, Antelope, Jovin, Weichmann (zurückgefallen). Sieg: 59:10, Platz: 30, 51, 35:10. — 6. Reinickendorfer Jagdrennen. Preis 18000 M. Distanz 3000 Meter. 1. Galleere (Kängeln), 2. Sattap (Herr v. Keller), 3. Flore (Stielau). Ferner liefen: Ceni (H. Müller), Baiden, Baereghem, Primus, Sittard, Theorie, Maedel, Sonnenblume (angeh.). Sieg: 30:10, Platz: 15, 11, 28:10. — 7. Hahnen-Willi-Jagdrennen. Ehrenpreis und 16000 M. Distanz 3200 Meter. 1. Haselbe (Herr v. Berchem), 2. Hans Brion (Herr v. Berchem), 3. Dittro (Herr Freije). Ferner liefen: Drusus. Sieg: 32:10, Platz: 15, 15:10.

Arbeiter-Radsportklub und Solidarität. Ortsgruppe Berlin I. Abt. 26. September, früh 7 Uhr, Bienenfeld, mittags 1 Uhr, Busch. — Ortsgruppe Berlin II. Abt. Sonntag früh 6 Uhr nach dem Rangsdorfer See (Abföhrer). Start Romantpromenade 18.

Arbeiter-Radsportverein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 6 Uhr Lenk bei Potsdam. Nachmittags 1 Uhr Rehdorf, Karlstr. 12. Start: Mariannenplatz.

Das Turnfest der Berliner Schulen, das am Sonnabend, den 25. September, im Grunewald-Stadion stattfand, verläuft außerordentlich diesseitig zu werden. Jede Art des Sportturnens, des volkstümlichen Turnens und der Spiele im Freien wird gezeigt. Des umfangreichen Programms und der großen Beteiligung wegen — über 10000 Knaben und Mädchen werden teilnehmen — wird der Anfang von 3 Uhr auf 1 Uhr vorderegt. Da mit einem Kasseneinbruch zu rechnen ist, wird die Eisenbahn vom Bahnhof Charlottenburg ab einen Pendelverkehr einrichten. Eintrittspreis 2 M.

Sportliche Wettkämpfe für Männer, Frauen und Jugendliche veranstaltet der Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft Berlin“ am Sonntag, den 25. September, im Grunewald-Stadion, Schindlerallee (Exerzierplatz, an der Oberwalder Straße). Hochspring, Dreisprung, Weitsprung, Distanz usw. Anschließend Fußball-Wettkämpfe. Antritten der Turner und Turnerinnen Punkt 2 Uhr. Umkleelokal Oberwalder Straße 35. Die Arbeiterturnerschaft Berlin, insbesondere die sportliche Jugend, wird gebeten, die Bestrebungen des Vereins durch ihren Besuch zu unterstützen. Eintritt frei!

Briefkasten der Redaktion.

R. N. 77. Wenden Sie sich an die Gemeinde oder an eine Siedlungsgenossenschaft; an Einzelpersonen wird nicht geantwortet. Zurück in der Hand für derartige Zwecke erschlüpft. — R. N. 109. 1. Verlangen Sie zunächst Rückfragen vom Vorstand, Eventuell müssen Sie Beschwerde über ihn führen. 2. Jährlich 2000 und 600 M. Dazu kommt die Ausgleichszulage, die Rinderzulage für Ihre Tochter, die Ortszulage und die Feuerungszulage. Sie können auf etwa 9000 M. rechnen. Für den Jungen erhalten Sie nichts. — R. N. 66. Ja, eruchen Sie Einspruch gegen die Abrechnung und lassen Sie event. den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, Schlegelstr. 2, an. — R. N. 22. Stellen Sie einen Antrag bei der Geschäftsstelle der Gewerkschaften für die Arbeiter. — R. N. 100. Lassen Sie das Reklamationsamt einschicken. — R. N. 37. Legen Sie Beschwerde ein. Die Steuerpflicht bestand nur bis zum 31. März 1920. — R. N. 50. Ihre Frau gehört nicht zu den Erben; sie erbt nur nach der Mutter. — R. N. 75. Retir. Legen Sie Beschwerde ein. — R. N. 20. 1. Eine gezielte Bestrafung der Kommunisten, dem Ministerium Rechnung zu legen, besteht nicht. — R. N. 13. Einer dritten Person können Sie nicht ein für allemal den Besuch des Hauses verbieten. Nur in einem einzelnen Falle, wenn Sie den Frieden und die Ruhe des Hauses zu Ihren droht, dürfen Sie Sie am Zutritt hindern. — R. N. 11. An Abren Truppenteil. — R. N. 19. 1. Mit 10000 M. 2. Die 10 Proz. müssen abgezogen werden. — R. 1875. Kommen Sie mit den Papieren in unsere Juristische Sprachstunde. — R. N. 24.

Das böse Gewissen.

Der Ruf des Parteivorstandes „Sichert die Entwaffnung!“ hat in der reaktionären Presse Heulen und Wehklagen hervorgerufen. An Hand der Lamentationen in „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ usw., die wir als Ausdruck des reinen Gewissens zu würdigen wissen, wollen wir unsern Lesern die Hauptgründe gegen den Ruf kurz mitteilen:

Der Ruf des Parteivorstandes ist lächerlich, denn die Reaktion hat gar keine Waffen.

Die vorhandenen Waffen aber braucht sie dringend zum organisierten Selbstschutz gegen Räuber, Banditen, Spartakisten, Sozialisten, Demokraten usw. Ihre Herausgabe fordern, hieße Selbstmord verlangen.

Natürlich ist dieser organisierte Selbstschutz gänzlich unbewaffnet und erstrebt sein Ziel nur durch geistige Aufklärung.

Es ist daher eine Gemeinheit, wenn man seine geheimen Waffenlager der Entente verrät.

Dort die Sozialdemokratie nicht endlich auf, den gänzlich harmlosen Selbstschutz als gefährlich zu verleumdern, so wird ihr dieser bald eine Antwort mit blauen Bohnen schreiben.

Nach einer Meldung der T. N. liegt über den Stand der Entwaffnungaktion im Lande noch kein deutliches Bild vor. Dagegen steht schon fest, daß der Erfolg in Berlin durchaus befriedigend ist. Es wurden täglich Tausende von Gewehren abgegeben, dazu große Mengen Munition, an einem Tage über 100 000 Schuß. — Es ist also Heuchelei, wenn die Rechtspresse immer wieder über die „Gefahr“ von Seiten der Arbeiterbevölkerung jammert, die ihre Waffen durchaus loyal abliefern. Man möge erst einmal den Beweis erbringen, daß auf dem Lande ebenso abgeliefert wird wie in Berlin.

Der Kartoffelwucher.

Der „Sogen“ der freien Wirtschaft macht sich auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung immer deutlicher fühlbar. Muß doch selbst die „Tägliche Rundschau“, eine von allen Schiebern hochgeachtete Vorläuferin für die nun erreichte Wucherzeit, melden, daß im Rhein- und Maingebiet seit Aufhebung der Zwangswirtschaft der Kartoffelpreis auf 40 bis 45 Mark für den Zentner im Kleinverkauf gestiegen ist und durch Ueberbieten der Händler immer weiter steigt. Dasselbe Blatt berichtet aus Neumünster, daß der Ausschuh der Schleswig-Holsteinischen Bauernvereine einen Preis von 25 bis 30 Mark für angemessen erklärt habe, daß aber die Erzeuger ohne Rücksicht darauf teilweise Preise von 50 bis 70 Mark für den Zentner fordern.

Von anderer Seite wird aus Braunschweig berichtet, daß die Großhändler bei den jetzigen hohen Preisen die Versorgung der Stadt Braunschweig mit Kartoffeln ablehnen.

Die bürgerliche Reichsregierung, die im Interesse des Wucherer- und Schiebertums diese Zustände geschaffen hat, sieht mit beschränkter Armut zu. Lediglich die Arbeiterchaft ergreift hier und da Gegenmaßnahmen. So beschloß zum Schutze der Bevölkerung gegen Wucher und Ausbeutung die anhaltischen Bahnarbeiter, die Beförderung der von den Händlern gekauften Kartoffeln solange zu verweigern, wie diese zu wucherischen Preisen eingekauft werden. Ähnliche Beschlüsse haben die Eisenbahner in Schleswig-Holstein gefaßt.

Der Ostkrieg.

Königsberg, 23. September. (W. N.) Im Kampfabschnitt vom Dnjestr bis zum Bripjel säubern die Polen nach Erreichung der Hauptlinie des Dnjestr und Gocin das eroberte Gelände von den beschleunigten und zurückgebliebenen Bolschewistenabteilungen. Südlich von Pinsk nähern sich die Polen nach Einnahme von Ludschowo dem Styrfluh. Im Raume östlich von Kobryn-Pruschan sehen die Bolschewisten ihre Angriffe fort, die bisher von den Polen abgewiesen wurden, wobei die Bolschewisten auf Roshan zurückgeworfen wurden. Polnische Angriffe auf im Raume westlich von Wolowik zu Offensivzwecken bereitgestellte bolschewistische Truppenansammlungen waren erfolgreich; die Polen erlitten 1100 Gefangene. Bolschewistische Angriffe aus der Gegend von Grodno auf Odess und Suwniza wurden abgewiesen. (Der Moskauer Bericht sagt das Gegenteil, Red.) Der Brennpunkt der Kämpfe liegt zurzeit im Abschnitt Pruschan westlich von Wolowik, wo die Bolschewisten ihre neu herangeführten Kräfte konzentriert haben. Im Suwalki-Gebiet dauern die örtlichen Kampfhandlungen zwischen Polen und Litauern an; die Litauer führen ihre Verstärkungen anscheinend im Raume von Seiny heran.

Rjasanow in London.

An Stelle von Kamenev kommt Rjasanow nach London. Rjasanow ist der deutschen Sozialdemokratie kein Unbekannter. Er hat sich als Marschführer einen guten Namen erworben, war auch ständiger Mitarbeiter an der „Neuen Zeit“ und am Wiener „Kampf“. Bei Ausbruch des Krieges lebte Rjasanow in Wien, reiste 1916 nach der Schweiz und nach Ausbruch der russischen Revolution über Deutschland nach Russland, aber nicht mit der ersten Partei russischer Emigranten, die bloß aus Bolschewisten, mit Lenin an der Spitze, bestand, sondern später, Ende Mai 1917, mit der zweiten Partei, fast ausschließlich Menschewisten. Rjasanow schloß sich erst Ende 1917 der bolschewistischen Partei an, er hatte früher keiner Fraktion angehört. Er ist einer der kenntnisreichsten russischen Marxisten. Sein richtiger Name ist Goldendach. Er dürfte heute 60 Jahre alt sein. In jeder Hinsicht ist er für London geeigneter als Kamenev.

Russen nach Nordfrankreich?

Kopenhagen, 23. September. Ueber die finnisch-russische Grenze sind seit einiger Zeit zahlreiche russische Flüchtlinge gekommen, die interniert wurden. Sie sollen nunmehr bei den Wiederaufbauarbeiten in Frankreich beschäftigt werden. Eine größere Anzahl von ihnen ist bereits von schwedischen und finnischen Häfen nach Frankreich abgegangen. Ueber hundert Flüchtlinge, für die eine Schiffsgelassenheit nicht gefunden werden konnte, haben sich mit Erlaubnis der norwegischen Regierung über Norwegen nach Frankreich begeben.

Die Revolutionierung Afriens.

Petersburg, 23. September. (D. G.) Im Petersburger Sowjet erklärte Sinowjew: „Wir glaubten bisher die Revolution zuerst nach Westen tragen zu können. Jetzt ist aber der Osten und seine baldige Revolutionierung das wichtigste und am ehesten zu erreichende Ziel. Zu bedauern ist der Umstand, daß die Bauern in Aserbeidschan und Turkestan Bedenken tragen, das enteignete Land an sich zu nehmen.“ (?)

Sittlichkeitsfragen und Lehrerinnenzölibat.

In der Preussischen Landesversammlung kam Donnerstag Präsident Veinert vor Eintritt in die Tagesordnung auf die Entscheidung des Völkerrundrats zu sprechen, wonach die Kreise

Malmedy und Eupen

Belgien zugesprochen worden sind. Der Protest vom 20. April gegen die belgischen Vergewaltigungen ist erfolglos geblieben. Wir legen gegen die Entscheidung des Völkerrundrats Verwahrung ein. (Lebh. Beifall.) Der Präsident verliest die Eingabe der preussischen an die Reichsregierung, worin um nochmalige feierliche Verwahrung erjucht wird.

Auf Aufforderung des Präsidenten schließt sich die gesamte Landesversammlung, auch die Unabhängigen, dem Protest der preussischen Staatsregierung an.

Präsident Veinert bemerkt dazu: Der Völkerrundrat hat die im Friedensvertrag geschaffenen Voraussetzungen für den Völkerrund mit Häfen getreten. (Lebh. Zustimmung.) Wir werden die Bevölkerung jener Kreise niemals vergessen, wir betrachten sie als unsere Volksgenossen und erwarten mit den Einwohnern jener Kreise, daß der Beschluß des Völkerrundrats bald eine Veränderung herbeiführt, die sich gründet auf eine mit Recht und Gerechtigkeit verbundene Selbstbestimmung der Völker.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die große Anfrage des Abg. Dr. Hoffender (Z.) über die

Entsittlichung des Volkes

durch Nachtvorstellungen. Die Anfrage bezieht sich auf einen Artikel über eine „Lannhäuser“-Vorstellung. — In der Begründung der Anfrage betont der Redner, daß er nicht auf Einzelheiten eingehen will, und fragt die Regierung, was sie gegen die schamlose und gewerbsmäßige Entsittlichung des Volkes tun wolle.

Abg. Mengel (D. Sp.) begründet einen mit zur Beratung gestellten Antrag über schlechte Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen unästhetischer Literatur.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.):

Ich bin der Meinung, daß jede Dummerei nicht nur für die Sittlichkeit, sondern auch für die Gesundheit das Schädlichste ist. Zensuren, Verbot der Kinos bis zum 18. Jahre, Einführung einer Theaterzensur werden die von jedermann bedauerten heutigen sittlichen Zustände nicht bessern. Wir wenden uns daher gegen die Androhung einer Zensur, denn die Handhabung durch die Polizei würde immer zu einer Beihilfung und Bevormundung auszuweichen. (Sehr richtig! links.) Auch ich muß mich dagegen wenden, daß gerade Berlin mehr als andere Städte als Herd der Unästhetizität angesehen wird. Der Berliner ist im allgemeinen ein ruhiger, fleißiger, nüchtern Mensch, mit einem gewissen Humor begabt, der das Arbeiten noch immer nicht verlernt hat. (Sehr richtig! links.) Die rein kapitalistische Verbreitung unseres Inseraten- und Anzeigenwesens ist das größte Uebel. Wir sind auch gegen die Anpreisung und Annoncierung der meist recht üblen Kinofilme, aber wenn der Schuttmann darüber entscheiden würde, so würde das zu unhaltbaren Zuständen führen. Die Hinanweisung des Sperazens für Kinobesuch bis zu 18 Jahren wäre ein lächerliches Geheiß, das allabendlich hunderttausendmal übertreten wird. Ich wiederhole, daß das ganze Problem ein Erziehungsproblem

ist. (Sehr richtig! links.) Wenn man überzeugt ist, daß das Streben des Menschen ein Streben nach dem Guten ist, wird man die Mittel der Erziehung jedem anderen Eingriff vorziehen, dem der Reiche immer entgehen kann, während er den Armen immer treffen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Die politische Lage in China ist durchaus ungeklärt. Es vollziehen sich neue Machtverschiebungen, deren Tragweite sich noch nicht ganz übersehen läßt. Bezeichnend für die Lage ist, daß der stärkste Mann, der Generalgouverneur der Mandchurei, General Tschang-Tsjo-Lin, der enge Beziehungen zu Japan unterhält, einerseits zum Kampf für die Befreiung der Provinz Kuangtung aufruft, die sich dem Südgouverneur Lu-Hing-Ting unterworfen hat, andererseits verlangt, daß ihm alle die Gebiete anvertraut werden, auf die die Japaner in ihren 21 Forderungen Anspruch erheben, also außer der ihm bereits unterstellten Mandchurei die Mongolei und die Provinz Schantung und eine weitere.

Auch diesen Menschenhändler wird Moskau nicht ungenutzt lassen, darauf kann man sich verlassen.

Schwedens Reichstag.

Stockholm, 23. September. (W. N.) Bisher sind 182 Reichstagsabgeordnete gewählt, davon 68 Sozialdemokraten, 57 Konservative, 31 Liberale und 20 von den beiden Bauernorganisationen sowie 3 Linksozialisten. Die Rechtssozialisten haben 7 Sitze verloren, die Linksozialisten und die Liberale 11. Die Konservativen haben 12 Sitze gewonnen und die Bauernorganisationen 9. Die Stimmengabe der Rechtssozialisten beträgt 170 000 mit einem Rückgang von 28 682 Stimmen, die der Konservativen 149 627 mit einem Zuwachs von 6441 Stimmen, die der Liberale 108 644 mit einem Rückgang von 46 230 Stimmen und die der beiden Bauernorganisationen 71 193 mit einem Zuwachs von 15 792 Stimmen. Die Stimmengabe der Linksozialisten beträgt 30 844 mit einem Rückgang von 6850 Stimmen.

Ungarische Zeugenfreiheit.

Wien, 23. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der gewesene ungarische Ackerbauminister Lengyel unter dem Regime Karolyi, der Samstag nach Budapest zurückkehrte und sich bei der dortigen Polizei meldete, um Aussagen zum Tisza-Prozess zu machen, wurde beim Abendrot im Militärkasino durch Offiziere des Pronay-Detachements verhaftet. Er wurde in einem Automobil in die Radonkaferne geführt, wo ihm erklärt wurde, ihn nicht früher freizulassen, bis er sich verpflichtet habe, keine Aussagen zu machen.

Die Verhandlungen über die Besatzungsreform im Reich stehen, wie wir erfahren, nahe vor ihrem Abschluß. Aus diesem Grunde will man auch mit den Verhandlungen über die preussische Besatzungsreform noch warten; die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse der Preussischen Landesversammlung wegen der Einsetzung der Lehrer wird aus diesem Grunde am Freitag noch nicht stattfinden und Finanzminister Gemosew-Pademann hat seine Erklärungen über die Finanzlage Preußens vorläufig abgefaßt.

Zur Lutherfeier in Wittenberg. Zur Feier der 400-jährigen Wiederkehr der Verkündigung der Romkulle durch Martin Luther bewilligten die Stadtverordneten von Wittenberg gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten 10 000 Mark. Wir sind gleichfalls der Ansicht, daß es in dieser Zeit wichtigere Zwecke zur Bewilligung von Geldern gibt, als die Veranlassung von Feiern. Ein derartiges Verhalten von Stadtverordneten muß namentlich auf die Arbeitsschichten im höchsten Maße aufreizend und erbitternd wirken.

Ökonomie in Königsberg. Reichspräsident Ebert, Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, preussischer Ministerpräsident Traun und preussischer Handelsminister Fischbeck werden die erste deutsche Ökonomie in Königsberg, die am kommenden Sonntag ihren Anfang nimmt, besichtigen und ihrer Eröffnung beizuwohnen. Vom 20. bis 24. September sind die Schnellzüge nach Königsberg für die Besucher der Ökonomie verstärkt worden.

Abg. Rimpel (Dem.): Wir glauben ebenfalls, daß hauptsächlich Erziehungsarbeit vorliegt, daneben aber muß Unästhetizität, namentlich Unästhetizität als Geschäft, aufs allerstrengste geahndet werden. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Allan (U. Soz.): Keine Freunde sind der Ansicht, daß die gerügten Auswüchse eng verbunden sind mit der kapitalistischen Entwicklung. In einer Beilage der „Germania“ wurde getabelt, daß auf Spielplätzen die jungen Mädchen in kurzen Röcken spielten, daß sie in der Schule durchsichtige Blusen trügen usw. Wer sich schon darüber aufregt, daß er nackte Kinderarme und nackte Kinderbeine sieht, der muß in eine Kaltwasseranstalt. (Heiterkeit.) Auch die Wohnungsfrage spielt in dieser Frage eine große Rolle. Nur eine Besserung der sozialen Lage bessert die Sittlichkeit. Der kapitalistische Staat ist dazu nicht in der Lage. (Beifall b. d. U. Soz.)

Die Anfragen und der Antrag werden dem Bevölkerungsausschuß überwiesen.

Es folgt die große Anfrage Adolf Hoffmanns (U. Soz.) und Genossen über die

Chelofigkeit der Lehrerinnen

und Beamtinnen und in Verbindung damit die große Anfrage Dr. v. Krause-Ostpreußen (D. Sp.) und Genossen über das Eheverbot für Lehrerinnen und Beamtinnen. — Beide Anfragen beziehen sich auf Fälle, in denen Lehrerinnen und Beamtinnen das verfassungsmäßige Recht geschmälert worden ist.

Abg. Frau Reichert (U. Soz.) begründet die Anfrage der Unabhängigen und fragt, ob die Regierung auf dem von den Gewerkschaften und Gütergenossen vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vertretenen Standpunkt steht.

Abg. Frau Pochmann (D. Sp.) begründet die Anfrage ihrer Partei.

Scheimrat Ranzel: Die Frage soll grundsätzlich geregelt werden, das Reich muß aber daran gehen. In der Zwischenzeit sollen Härten vermieden werden.

Abg. Frau Ege (Soz.):

Nach Annahme der Reichsverfassung ging ein Aufatmen durch die Reihen der Frauen. Aber die ausführenden Organe verzögerten die Durchführung der Gleichstellung der Beamtinnen mit den männlichen Kollegen. Selbst in der Landesversammlung stimmten die Rechtsparteien und das Zentrum der Durchführung nur bedingt zu. Wir Sozialdemokraten haben keineswegs die verheirateten Lehrerinnen den unverheirateten vorziehen wollen. Beide müssen natürlich dieselben Pflichten übernehmen. Eine Mutter kann sehr wohl eine tüchtige Erzieherin sein. Die Lehrerinnen stellen früher nicht den geringsten Prozentsatz für die Prostitution. (Unruhe rechts.) Räumen Sie den Frauen die gleichen Rechte ein wie den Männern, dann werden Sie der Sittlichkeit den besten Dienst leisten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Dühoff (Dem.) begrüßt die Aufhebung des Eheverbots der Lehrerinnen.

Abg. Frau Dr. Lauer (Z.): Die Doppelbelastung mit dem Mutterberuf und dem der Lehrerin drückt auf die Leistungen in beiden Berufen. Darum sollte die verheiratete Frau aus allen Erwerbszweigen heraus. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dölge (Dnall. Sp.) bezeichnet die Ausführungen der Frau Ege als „lächerlich“ und erhält unter lebhaftem Beifall einen Ordnungsruf.

Abg. Frau Garnich (D. Sp.) möchte von der Regierung hören, wie die Proben mit den verheirateten Lehrerinnen ausgefallen sind. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anträge über Erzeugerpreise und Zwangsarbeitspflicht, Weisheiten zu Kriegsmobilisierungszwecken, Uebergang von Grundbesitz in ausländische Hände.

Rettet die Arbeiterbewegung!

Die U. S. P. zerfällt. Sie hat vor vier Jahren die Einigkeit der Arbeiterbewegung zerstört, jetzt ist sie selber nur noch ein Trümmerhaufen. Ein Teil von ihr wendet sich gläubig nach Moskau, ein anderer Teil, viele Tausende von Arbeitern umfassend, steht ratlos und verwirrt und weiß nicht wohin. Viele haben schon den Wiederaufschluß an die alte Partei vollzogen, andere würden ihn lieber heute als morgen vollziehen, wenn sie sich nicht schänten, ihren Irrtum eingestehen.

Und doch muß jeder denkende Arbeiter erkennen, daß es heute nur noch eine politische Organisation gibt, die fest und von Dauer ist, daß nur mit ihr und durch sie etwas erreicht werden kann. Das ist die vielgeschmähte „S. P. D.“. Sie stärken heißt die Arbeiterbewegung retten aus dem Verfall, mit dem sie die unaufhörliche Zertrümmerungsarbeit der Linken bedroht.

Der „Vorwärts“ ist das Zentralorgan der S. P. D., der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er verteidigt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegen die feudale und kapitalistische Herrenklasse, er kämpft für den Sieg des Sozialismus durch die Demokratie.

Der „Vorwärts“ hat den Arbeitern rechtzeitig die Wahrheit über Russland gesagt, die zuzugeben sich auch Führer der Unabhängigen sich bequemen mußten, nachdem sie zuvor den „Vorwärts“ deswegen beschimpft hatten, wie sie selber jetzt von den Kommunisten deswegen beschimpft werden.

Den „Vorwärts“ muß jeder Arbeiter lesen, der erkannt hat, daß nur Einigkeit und ernste geistige Arbeit — nicht Berpflitterung und Phrasengeklänge — den Weg zu besseren Zeiten öffnen kann.

Dem „Vorwärts“ die weiteste Verbreitung zu schaffen, ist daher die Pflicht jedes denkenden Arbeiters, jedes guten Parteigenossen. Nur so kann verhindert werden, daß die Massen, die sich von dem Treiben der Linken enttäuscht abwenden, der politischen Gleichgültigkeit verfallen und die Reihen der gelben Organisationen verstärken.

Der „Vorwärts“ muß zum 1. Oktober Tausende neuer Leser gewinnen. Genossen und Genossinnen sorgt dafür!

Folgender Zettel ist auszufüllen an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu senden:

Ich abonniere ab 1. Oktober den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagbeilage „Volk und Zeit“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 Mark monatlich. Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Arbeitsgemeinschaft.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der der Afa angehörenden Betriebsräte und Funktionäre der Metallindustrie erklärte sich der Referent, Genosse Körpel, gegen die Arbeitsgemeinschaften, weil in ihnen keine wirkliche Parität herrsche, denn die kleine Zahl der Arbeitgeber habe ebenso viele Vertreter wie die um das Vielfache größere Zahl der Arbeitnehmer und weil die Arbeitgeber auf Grund ihrer reicheren wirtschaftlichen Vertreter wie die um das Vielfache größere Zahl der Arbeitnehmer, zu täuschen, um das durchzusetzen, was den Arbeitgeberinteressen entspreche. Von den Arbeitsgemeinschaften sei aus diesen Gründen ein den Interessen der Allgemeinheit entsprechender Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nicht zu erwarten. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Betriebsräte die Kontrolle der Produktion übernehmen. Das Wirtschaftsleben wieder in geregelten Gang zu bringen, sei die dringendste Aufgabe der Gegenwart. Anders könne die Not, die sich in der fortgesetzten steigenden Arbeitslosigkeit bemerkbar mache, nicht gebannt werden.

Die Diskussionsredner waren geteilter Meinung über die Arbeitsgemeinschaft. Petersdorf sagte, es sei übereilt, wenn die Versammlung ohne gründliche Erörterung einen Beschluß gegen die Arbeitsgemeinschaft fassen würde. Es sprächen doch tatsächliche Erwägungen für die Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaft. Sie gebe doch den Arbeitnehmern Gelegenheit, das Wirtschaftsgetriebe kennen zu lernen und dann ihre Kenntnisse im Interesse der Arbeitnehmer zu verwerten. Wenn sich die Arbeitnehmer beiseite stellen, würden sie nicht weiterkommen. — Gegen die Arbeitsgemeinschaft sprachen Böhm und Günther, der ausführte, die Mitarbeit der Arbeitnehmer in der Arbeitsgemeinschaft sei eine Arbeitsverschwendung, durch die nichts erreicht werden könne. Die Arbeitgeber hätten seinerzeit — wie aus einer Äußerung von ihrer Seite hervorgeht — die Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen, um sich vor der „alles überschwemmenden Sozialisierung“ zu schützen. Aus der Arbeitsgemeinschaft sei in manchen Fällen eine Interessengemeinschaft der Unternehmer mit den Arbeitern zur Ausbeutung der Allgemeinheit geworden. — Kronberg befürwortete die Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaft.

Körpel sagte im Schlußwort, die Arbeitsgemeinschaft habe noch keine Spur eines Ausweges aus der wirtschaftlichen Not gezeigt. Sie bringe die Gefahr in sich, zu einem chronischen Zusammenschluß zwischen Arbeitern und Unternehmern zu werden. Wie die Unternehmer über die Arbeitsgemeinschaft denken, zeige eine Äußerung von Sittich, der sagte, es sei für die Unternehmer noch Zeit, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten, weil die Gewerkschaften ihr Endziel nicht ausgehen haben. Wenn wir nicht bis zum Winter durchgreifende Maßnahmen zur Regelung der Wirtschaft treffen, dann seien die Arbeitslosen nicht mehr zu halten. Mit Morospredigten könne man die Gefahr nicht verdrängen.

Schließlich wurde mit allen gegen 3 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die in den „Sophienhöfen“ versammelten Funktionäre und Betriebsräte der Metallindustrie der Afa erwarten von dem Vorstand der Afa, daß derselbe alle Schritte zum Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften gemeinsam mit dem A. D. G. V. unternimmt, da die Arbeitsgemeinschaften nur zur Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft dienen. Die Versammelten geloben dagegen, ihrerseits durch Kontrolle der Produktion und Eintreten für die Sozialisierung die Überführung der Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit mit aller Energie vorzubereiten.

Verbandstag der Töpfer.

Reichen, 22. September.

Die gestern sehr hochgehenden Wogen des Meinungskampfes hatten sich heute merklich geglättet. Das einflussreiche Schlußwort des Vorsitzenden verleihe auch seine Wirkung nicht auf die Opposition, so daß der Tag ohne heftige Zwischenfälle verlief. Der Antrag der Opposition, die Arbeitsgemeinschaften unter allen Umständen abzuschließen, wurde mit harter Mehrheit abgelehnt. In der Frage des Bauarbeiterchubes wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin ausgedrückt ist, daß der Verbandsvorstand beauftragt wird, bei der sozialpolitischen Abteilung des Gewerkschaftsbundes für den weiteren Ausbau des Arbeiterchubes zu wirken. Um die gesundheitlichen Schädigungen wie Rheuma, Lungenleiden usw. einzuschränken sowie eine solche Herstellung von Holz- und Kocherzeugen zu gewährleisten, verlangte der Verbandstag, daß die Bauten, wo Ofenfeuer beschäftigt werden, von Oktober bis März genügend angewärmt und gedichtet sein müssen, ferner soll das zu verarbeitende Material so gelagert werden, daß es gegen Frost geschützt ist.

Nach Erledigung einer Anzahl Anträge erstattete die Statutenberatungskommission Bericht. Der Referent der Kommission, Heilig-Welken, führte aus, daß sich die Kommission von dem Gedanken habe leiten lassen, den Kampfcharakter des Verbandes hochzuhalten. Deshalb habe sie nur die Streikunterstützung erhöht und die anderen Unterstützungen im großen und ganzen in der alten Fassung belassen. Hier sind nur Änderungen insofern getroffen, als sie durch die Vermehrung der Beitragsklassen bedingt sind. Die Feststellungsbeschlüsse sei um 50 Proz. erhöht worden. Die Beiträge sind gestaffelt und sollen betragen 2 bis 6,50 M., je nach dem Stundenverdienst. In der Beitragsklasse soll der Wochenbeitrag 1 M. betragen. Die Streikunterstützung soll betragen, je nach der Dauer der geleisteten Beiträge, 8,70 bis 20 M. Lehrlinge sollen die Hälfte der Klasse I erhalten. Für jedes Jahr unter 14 Jahren soll 1 M. Zuschuß täglich gegeben werden. Der Wochenbeitrag soll geteilt werden und zu zwei Dritteln der Hauptklasse, zu ein Drittel der seitlichen Verwaltung zustehen. Die Anträge der Opposition, das Streikelement betreffend, erfuhr die Kommission abzulehnen. Die Gehälter der Angestellten sollen den üblichen Stundenlöhnen des Bezirkes angepaßt werden mit einem Prozentaufschlag für besonderen Aufwand an Kleidung usw. bei Reisen. Eine Reihe sonstiger Anträge empfiehlt die Kommission zur Annahme oder Ablehnung.

Nach eingehender Beratung wird den Anträgen der Kommission mit der Änderung zugestimmt, daß der Beitrag in der ersten Beitragsklasse anstatt 2 M. nur 1,50 M. beträgt. Die erhöhten Beiträge treten am 1. November d. J. in Kraft, die erhöhten Unterstützungen nach Leistung von 18 Wochenbeiträgen. Bei der Abstimmung über die sonstigen Anträge werden fast sämtliche Anträge der Berliner Opposition (die hatte deren 25 gestellt) abgelehnt. Hin-

zugelassen wäre noch, daß schon am ersten Verhandlungstag, als die Geschäftsordnungsbedenken noch sehr hoch gingen, ausgesprochen wurde, daß eine Neuwahl der Verbandsangestellten auf diesem außerordentlichen Verbandstag unzulässig ist.

Damit hatten sich die Arbeiten des Verbandstages erschöpft. Nach den üblichen Dankes- und Schlußworten wurde der Verbandstag geschlossen.

Der Straßenbahnerstreik in Hannover.

Hannover ist, nach acht Wochen, noch immer ohne Straßenbahn. In der letzten Plenarsitzung der Straßenbahner wurde mitgeteilt, daß die Streikenden nach wie vor die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft fanden. Selbst aus dem Ruhrrevier seien Sympathieaktionen eingegangen, so daß man bei einem Appell an alle im Transportarbeiter-Verband organisierten Straßenbahner die Mittel zu längerer Fortführung des Streiks erhalten würde. Es wurde eine Abstimmung über die von der Straßenbahndirektion gestellten Bedingungen vorgenommen, die einen Verzicht auf Lohnhöhung und Nichtwiedereinstellung von 300 Mann fordern. Man schritt auch deshalb zur Abstimmung, weil die Direktion angeblich behauptet haben soll, die Streikleitung verhindere jede Willensäußerung der Straßenbahner. Das Ergebnis war 2041 von 2082 für die Ablehnung der Bedingungen. Der Lohnkampf geht infolgedessen weiter.

Wirkungen der Wirtschaftskrise.

Die Generalversammlung der Buchbinder, die am Mittwoch im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte, nahm zunächst den Bericht der Verwaltung vom 2. Quartal entgegen, den der Vorsitzende Kaspar erläuterte. Die in einigen Industrien katastrophal wirkende Wirtschaftskrise zeigte sich in der Buchbinderei und Papierverarbeitung erst im Laufe des zweiten Quartals. In allen Branchen nahm der Beschäftigungsgrad in den Monaten Mai und Juni ab. Die selbstverständliche Forderung nach Lohnhöhung und neuer Feuerzuzulage wurde von allen Branchen erhoben und an die Unternehmer weitergeleitet. Reichsstarke wurden abgeschlossen für die Eis- und Kartonnagenindustrie. Nachträge wurden bereitwillig zum bestehenden Reichsstarke für das Buchbinder- und verwandte Berufszweige sowie zum Reichsstarke für die Lederindustrie. Die Zahl der Mitglieder der Ortsverwaltung stieg im 2. Quartal von 16488 auf 17151. Im 3. Quartal, so sagte Kaspar dem Bericht hinzu, sei nicht nur in der Lederindustrie, sondern auch in anderen Branchen eine derartig starke wirtschaftliche Depression eingetreten, daß Lohnkämpfe nicht mehr durchzuführen sind.

Die Abrechnung vom 2. Quartal, so der der Kassierer Hyomski sprach, ergab für die Zentralkasse, daß sie mit 330031 M. in Einnahme und Ausgabe balancierte. Die Lokal-kasse hatte einschließlich des alten Bestandes eine Gesamteinnahme von 882670,80 M., der eine Gesamtausgabe von 87212,88 M. gegenüberstand. Es verblieb am 1. Juli 1920 ein Bestand von 275458 M. Die Sammlung für die Opfer des Rapp-Fußsches ergab die Summe von 20645 M.

Imhoff als erster Diskussionsredner sagte, daß die Ortsverwaltung im Mittellungsblatt für die Berliner Kollegen (Septembernummer) einen Leitartikel von Dr. Paul Levi: „Der Ruf nach Rotkau“ gebracht hat. Uns als Gewerkschafter, sagte er, kann das wenig interessieren. Jetzt, wo der Streik in der U. S. V. entstanden ist, ist es verwunderlich, daß unser Mittellungsblatt dazu benutzt wird, um in der Neuorientierung vorweg Stellung zu nehmen. Wir, die wir auf dem Boden der S. V. D. stehen, könnten ja tatsächlich beiseite stehen und sagen, die Kollegen der anderen Richtung werden sich selber zerschlagen. Das wollen wir aber nicht im Interesse unserer Organisation. Deshalb wünschen wir nicht solche Artikel im Mittellungsblatt. In der weiteren Diskussion wandten sich Wilhelm und Kaspar gegen die Ausführungen Imhoffs.

Von den Bewerbern für die Stelle des Sekretärs für die Buchbinderbranche werden fünf, und zwar die Kollegen Schaller (Berlin) und die Kollegen Penning (Potsdam), Holzer (Hof), Petermann (Berlin) und Wilhelm (Berlin) zur Urwahl gestellt. Der Tag der Urwahl wird erst noch festgelegt. Der Wahl des ersten Kassierers bei der Neuwahl der Berliner Angestellten hat der Hauptvorstand die Befähigung versagt. Nach längerer, sehr unruhiger Diskussion wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Wahl zwischen den beiden Kandidaten Hyomski und Marcuse nochmals vorzunehmen. Diese Wahl wird verbunden werden mit der Urwahl des Sekretärs der Buchbinderbranche.

Anträge auf Erhöhung der sozialen Arbeitslosenunterstützung begründete der Kassierer Hyomski, worauf nach einer Diskussion beschlossen wurde:

Die arbeitslosen Mitglieder erhalten, ganz gleich, welcher Beitragsklasse sie angehören, neben der Verbandunterstützung einen Lokalausschlag, und zwar bei einer Mitgliedschaft von 52 Beiträgen pro Tag 1,50 M., von 156 Beiträgen pro Tag 3 M. und von 290 Beiträgen pro Tag 5 M. Der Beschluß tritt am 3. Oktober in Kraft. Die erste Auszahlung nach den neuen Sätzen findet am 8. resp. 9. Oktober statt. Als Ergänzung hierzu wurde folgender Beschluß gefaßt: Für die Monate Oktober, November und Dezember sind von den voll in Arbeit stehenden männlichen Mitgliedern 2 M. und von den voll in Arbeit stehenden weiblichen Mitgliedern 1 M. wöchentlich als Extrabeitrag zu leisten.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung mußten wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

Die Entlassungen in der städtischen Parkverwaltung.

Eine Betriebsversammlung aller Beschäftigten in der Parkverwaltung am 22. September 1920 erdub einstimmig Protest gegen die stattfindenden Entlassungen. Zum 1. Oktober kommen bereits 113 Arbeiter, Gärtner und Arbeiterinnen zur Entlassung, des weiteren sind vorgesehen am 31. Oktober 218 und am 30. November 212, so daß sich die Gesamtzahl der Entlassenen auf 543 Arbeitnehmer stellt, zum größten Teil aus Familienvätern bestehend. Da nun für Notstandsarbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit in dem Berliner Bezirk 100 Mill. M. von Seiten des Berliner Magistrats bewilligt wurden, können die Arbeiter der städtischen Parkverwaltung die Aufnahme des Berliner Magistrats nicht begreifen. Mit Recht wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß der Magistrat ein Loch aufstopfen will, während er in dem gleichen Atemzuge ein weiteres Loch zum Schaden der Berliner Bürger schafft.

Die Versammlung beauftragte die beiden antwortenden Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter, folgenden Antrag der Öffentlichkeit und dem Magistrat zu unterbreiten: „Die jetzt vorgenommenen und die vorgezogenen Entlassungen, von denen Arbeiter mit acht, neun und zehn Dienstjahren betroffen werden, sind rückgängig zu machen. Die Entlassenen resp. noch zu Entlassenen

sind in diejenigen Betriebe des Magistrats zu überführen, welche von den 100-Millionen-Notstandsarbeiten bedacht wurden.“

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Freitag, den 24. September, abends 6 Uhr, im Lokal von Kültner, Schwedter Str. 23, Berliamlung sämtlicher Mühlenarbeiter Groß-Berlins. Tagesordnung: Das Minimum der Unternehmer.

Betriebsräte! Montag, den 27. und Dienstag, den 28. September 1920, finden die Betriebsräteversammlungen des Zentralverbandes der Angestellten zur Wahl der Delegierten zum Betriebsrätekongress (A. D. G. V. und Afa) statt. Wir weisen auf das Inserat in der heutigen Nummer der Zeitung hin.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 24. 9.: Nachgruppe 1 und 3b (Reichs-, Staats-, Volk- und Versorgungsbehörden sowie der Umkleestellen) abends 7^{1/2} Uhr, Kolonnenplatz, Großer Saal, Kolonnenplatz Str. 11/12. — Nachgruppe 2a (Kriegsorganisationsstellen) nachmittags 5 Uhr, Anita Köhler 13. — Nachgruppe 7 (Baren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte) öffentliche Versammlung abends 7^{1/2} Uhr, Charlottenburg, Hohenstaufen-Straße, Stettiner Damm 76. — Nachgruppe 11d (Polzhandel) abends 7 Uhr, Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25. — Nachgruppe 17 I (Rechtshändler) abends 8 Uhr, Verbandslokal, Westendstraße 7-10.

Wirtschaft

Das schwerkranke Reich.

Der Reichsfinanzminister eröffnete in der Kabinettsitzung, wie wir mitgeteilt haben, seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Wir stehen offensichtlich vor der Notwendigkeit, uns über die finanzielle Lage des Reiches Rechenschaft zu geben. Es genügt aber nicht, sich nur die Tatsachen vor Augen zu halten und die furchtbare Wucht der Zahlen ins Gedächtnis einzugraben und Probleme zu sehen, sondern wir müssen zu weittragenden Entschlüssen kommen und ein Wirtschafts- und Finanzprogramm für die nächste Zeit uns vornehmen.“

Wenn man diese Zeilen liest, drängt sich gewiß jedem sofort die Frage auf: „Also erst jetzt ist das hohe Kabinett zu der Erkenntnis gekommen, daß ein Wirtschafts- und Finanzprogramm für die nächste Zeit vorgenommen werden müsse? Wo ist das Programm, das die „Wiederaufbauparteien“ dem Volk versprochen hatten? Statt eines Ministeriums von Führern, haben wir ein Ministerium der „gärenden Gedanken“. Daß es auch in den Massen bedenklich zu gären beginnt, scheint man übersehen zu wollen.“

Wer die Zahlen, die die amtliche Veröffentlichung und gebracht hat und die ein furchtbares Durcheinander zeigen, sich anzusehen versucht, dem wird es wirr im Kopfe werden. Es gehört in der Tat eine gewaltige Portion Optimismus dazu, zu glauben, daß auf den bisher beschrittenen Wegen der Ausweg aus dem Labyrinth gefunden werden kann.

Wir Sozialisten geben ja von grundsätzlichen anderen Voraussetzungen aus als die Führer der bürgerlichen Regierung. Für uns ist die straffe Organisation der Produktion und daran anschließend die Organisation des Handels das Fundament für jegliche Gesundung unseres schwerkranken Reiches. Auch die Sozialisierung ist für uns vorerst eine Organisation des Bestehenden, das durch ein Gegeneinanderarbeiten verhindert, die Produktion dem dringlichsten Bedarf des Volkes entsprechend zu führen, die Freisetzung von Arbeitskräften zu verhindern und die Arbeitslosen einzuschulen in den planmäßig arbeitenden Wirtschaftapparat. Ob Vollsozialisierung oder Teilsozialisierung, das sind vorerst nebensächliche Fragen, zumal die Form der sozialisierten Wirtschaft an sich „neuland“ ist. Vorerst muß es vor allem erst einmal helfen, in das Verfallende Ordnung bringen. Ohne diese Ordnung durch planmäßiges und sofortiges Zusammenfassen aller Wirtschaftszweige ist eine Ordnung der Finanzen und eine gerechte und vollkommene steuerliche Erfassung der Zahlungsfähigen unmöglich. Wir brauchen heute Führer, die klar mit festen, realisierbaren Gedanken und Plänen arbeiten können, nicht solche, die jetzt erst anfangen, nach Mitteln zu suchen und sich selbst im Stadium der „Gärung“ befinden. Unser Standpunkt gegenüber den „Wiederaufbauern“ ist hier wiederholt präzisiert worden, abwarten und zusehen, wohin das Schiff gesteuert wird. Möglich ist es ja, daß die bürgerlichen Parteien von selbst in absehbarer Zeit zu der Erkenntnis gelangen, daß mit ihren Karten die Einfahrt zum Hafen nicht gefunden werden kann.

Vom Berliner Produktenmarkt.

Richtamtlich sind am 23. September im Berliner Produktenverkehr folgende Preise ermittelt, für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen: Victoria 270-310 M., Keinere 210 bis 260 M., Futtererbsen 170-180 M., Binsen 450-500 M., Gelbsenf 150-170 M., Ackerbohnen 190-172 M., Bienen 130-150 M., Lupinen 60-95 M., Serradella, alte 50-60 M., neue 115-120 M., Vicinifloha 370-375 M., Raps 375-380 M., Rüben 5-10 M. darunter, Leinsaat 370-380 M., Rohn 450-500 M., Senffaat 170-190 M., Hirse 180-180 M., Trodenkörner 78-81 M., Steffenschmelz 107-150 M., Zochmelasse 65-67 M., Wiesenseu, lose 25 bis 28 M., Aleeu 34-36 M., Stroh, drabgepreßt 17-17^{1/2} M., gebündelt 14-14^{1/2} M., Kartoffeln, sortierte, 28-29 M., Mais, lose, loco Hamburg 152 M., Oktober-Dezember 175-176 M., Reis, Profivolpreis loco 8,00 M., Oktober-Dezember 8,65 M., Burma loco 9,30 M., Saigon 1 schwimmend 8,60 M., Balenciaris 10^{1/2}-11 M.

Ein japanischer Schiffsahrtstrust „Die Daily Telegraph“ aus Tokio erfährt, beabsichtigt man, zur Behebung der japanischen Schiffsahrtinteressen einen Schiffsahrtstrust zu bilden, der die Tonnage des ganzen Landes umfassen soll. Die neuen Gesellschaften, die während des Krieges finanziert wurden, haben der Regierung die Nationalisierung anempfohlen. Die Regierung hat daraufhin den Zusammenschluß aller Interessenten vorgeschlagen.

Bericht für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; die Anzeigen: Dr. Wode, Berlin; Verlag: Bornhardt-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhardt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Strass 1 Seite.



Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besiegt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukulol 1000000fachbewährt
Preis M. 3.- In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukulol steht einzig da.

Glühlampen zur Miete

gegen geringe Monatsgebühr; bei Wunsch auch gasgefüllte Metalladhlampen mit und ohne Armaturen.

Ausgebrannte Lampen werden von uns kostenlos ausgewechselt; wöchentliche Lampenkontrolle.

Vermietung elektrischer Bügeleisen. — Kostenlos zwei Wochen auf Probe.

Man verlange unverbindlichen Vertreterbesuch und überzeuge sich von den vorteilhaften Bedingungen.

Elektrizitätsbedarf G. m. b. H., Berlin O. 17. Fernsprecher: Königstadt Nr. 8233

